Der nationalliberale Parteitag :: und die Sozialdemokratie ::

Rede des Reichstagsabgeordneten August Bebel

in der Volksversammlung vom 16. Oktober 1907
in „Kellers Festsälen" in Berlin



Berlin 1907
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, SW. 68, Lindenstraße 69
(Hans Weber, Berlin.)



Verehrte Anwesende! Vielleicht hat bei manchen die Ankündigung der Tagesordnung etwas überrascht, denn bisher ist man es bei der Sozialdemokratie nicht gewöhnt, daß sie einer Partei wie der nationalliberalen eine besondere Bedeutung beimißt. Wenn wir diesmal eine Ausnahme gemacht haben, so aus dem einfachen Grunde, weil die politische Situation, wie sie seit den Januarwahlen dieses Jahres sich gestaltet hat, die nationalliberale Partei in höherem Maße in den Vordergrund stellte. Die nationalliberale Partei betrachtet sich gewissermaßen, wie Ihnen allen bekannt sein wird, als **den Kern des neuen Blocks**, der durch die Wahlen vom 25. Januar und 5. Februar dem Fürsten Bülow sich zur Verfügung gestellt hat. Dieser Block ist eine politische Konstruktion,

die als eine Mißgeburt ersten Ranges

zu betrachten ist (sehr richtig!), er ist eine Verbindung von Parteien, für die eine wirklich praktische Tätigkeit, wenn man von bestimmten Einzelgebieten absieht, unmöglich ist; er bildet eine Zusammenschweißung von Parteien, von denen unter keinen Umständen zu erwarten ist, daß sie, was seitdem in allen Tonarten in die Welt hinaus gerufen wurde, daß Deutschland einer Art **liberaler Aera** entgegengehe, verwirklichen werden. Allerdings haben die Wahlen vom 25. Januar und 5. Februar eine Veränderung in der parlamentarischen Situation in Deutschland herbeigeführt. Der alte Zustand der Dinge, wonach das Zentrum die ausschlaggebende Partei war, indem es für jede Frage zwei Mehrheiten zur Verfügung hatte, hat aufgehört. Das Zentrum ist zwar bekanntermaßen in alter Stärke wieder in den Reichstag hineingekommen, es hat sogar einige Sitze gewonnen, dafür ist aber die Sozialdemokratie um 46 Sitze in dem neuen Reichstag geschwächt worden und außerdem hat die gesamte Linke im Vergleich zu früher eine Abnahme der Stimmen von 24 aufzuweisen, wenn man die gesamte Linke von den Nationalliberalen bis einschließlich der Sozialdemokratie rechnet. Unter solchen parlamentarischen Verhältnissen ist es geradezu verwunderlich, wenn da noch die Behauptung aufgestellt wird, daß angesichts der neuen Konstellation der Dinge im Reichstag eine liberale Politik möglich sei, „liberale Politik" natürlich immer in Gänsefüßchen. (Heiterkeit.)

Fürst Bülow versichert freilich, daß er eine solche Absicht habe, aber das ist derselbe Reichskanzler, der im vorigen Jahre den Agrariern sagte: daß man einst auf seinem Leichenstein setzen solle: Hier liegt ein **agrarischer Reichskanzler**. (Hört! hört!) Ein agrarischer Reichskanzler und zugleich ein liberaler Reichskanzler sein, das ist ein ganz unmögliches Ding, und wer behauptet, daß sich das vereinigen lasse, an dessen **politischer Zurechnungsfähigkeit** erlaube ich mir im höchsten Grade zu zweifeln. (Lebhafter Beifall.)

Fürst Bülow ist nicht nur nach seinem eigenen Eingeständnis ein agrarischer Reichskanzler, sondern er ist auch nach dem Eingeständnis seiner besten Freunde, der Agrarier selbst, der

beste Kanzler, den sie jemals gehabt haben.

Während noch bis zu Fürst Bülow allezeit Fürst Bismarck als der eigentliche Heros des Agrariertums angesehen wurde, hat es Fürst Bülow, dieser im Geruch des Liberalismus stehende Mann, fertig gebracht, daß ihn das extremste Agrariertum als den besten Reichskanzler ansieht. (Hört! hört!)

Das hat freilich Herrn Bassermann, den Führer der nationalliberalen Partei, nicht abgehalten, auf dem nationalliberalen Parteitage in Wiesbaden, der vor einigen Wochen stattfand, große Jubelhymnen über den Ausfall der letzten Reichstagswahl anzustimmen. Die Neuwahlen hätten ein neues politisches System inauguriert, erklärt er. In Goslar, das heißt auf dem vorjährigen Parteitag der Nationalliberalen, habe es noch geheißen: Zentrum ist Trumpf, und eine trübe Stimmung habe damals geherrscht. Die unerwartet eingetretenen Neuwahlen und der unerwartete Ausgang derselben habe die Blockpolitik geschaffen. Zwar sei das Zentrum nicht geschlagen, was er lebhaft bedauert, wohl aber dessen Affiliierter, die Sozialdemokratie. Hier wird von Herrn Bassermann abermals eine Behauptung aufgestellt, die ich einfach als eine **grobe Unwahrheit** bezeichnen muß, als eine Unwahrheit, die ein politischer Mann öffentlich auszusprechen sich hüten sollte. (Sehr gut!) Es ist, wie der Abgeordnete Bassermann genau weiß, eine grobe Unwahrheit, wenn die Sozialdemokratie als der Affiliierte des Zentrums bezeichnet wird. (Sehr richtig!) **Wir haben mit dem Zentrum gar nichts zu tun.** (Zustimmung.) Wir sind, wie ich das wiederholt in Reden und Broschüren und namentlich auch im Reichstag ausgesprochen habe, in letzter Instanz die **Todfeinde des Zentrums**, und wenn es eines Tages sich darum handeln wird, den letzten und wirklichen Kulturkampf auszufechten — keinen **Scheinkulturkampf**, wie wir ihn vor Jahrzehnten einmal gehabt haben, als die Liberalen ihn führten, dann wird dieser **Kulturkampf nicht zwischen dem Zentrum und den Liberalen, er wird zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie ausgefochten werden.** (Lebhafte Zustimmung.) Dann dürfte sich zeigen, daß der Liberalismus dabei nicht auf seiten der Sozialdemokratie, sondern auf der Seite seines **angeblichen Feindes**, des Zentrums, steht. (Sehr richtig!) Ich erinnere nur daran, daß noch im letzten preußischen Landtag Zentrum und Nationalliberale, diese angeblichen Feinde, das reaktionäre preußische Schulunterhaltungsgesetz **gemeinsam** zustande gebracht haben. Wer angesichts einer solchen Handlung sich noch damit brüstet, ein Feind des Zentrums im Kulturinteresse des Staates, im Kulturinteresse des Volkes zu sein, **der sagt dem Volke die Unwahrheit.** (Sehr richtig!) **Zentrum und Nationalliberale im Verein mit den Konservativen haben die ganzen letzten 12 Jahre die gesamte Politik des Reiches gemacht.** (Hört! hört!) Es ist kein wesentliches Gesetz zustande gekommen, das nicht gerade durch Nationalliberale, Zentrum und Konservative im trauten Verein angenommen worden ist. Wie angesichts solcher Tatsachen Herr Bassermann davon reden kann, die Sozialdemokratie sei der Affiliierte, das heißt, der enge Bundesgenosse des Zentrums, das verstehe ich nicht. Ich

bin zweifelhaft, ob ich da noch an seine **politische Ehrlichkeit** glauben **darf.** (Lebhaftes Bravo!) Alle Militär-, alle Flotten-, alle Kolonialvorlagen, die in den letzten 12 Jahren vom Reichstag angenommen worden sind — und das ist eine große Reihe — haben Zentrum, Nationalliberale und Konservative gemeinsam gemacht, die gesamten Steuervorlagen — und das ist ebenfalls eine große Zahl, sie haben dem deutschen Volke, abgesehen von einer kolossalen Verteuerung seiner Lebenshaltung, jährlich zirka

3 bis 400 Millionen Mark neue Steuern

auferlegt — alle diese Steuern sind zwischen Nationalliberalen, Zentrum und Konservativen vereinbart worden. (Sehr wahr!) Die ganze Agrarpolitik des Reiches ist gemeinsame Sache dieser drei Parteien, die Gesetzgebung über die Vieh- und Fleischsperren, all die Maßnahmen, die in so außerordentlichem Maße in den letzten Jahren die Lebenshaltung der Nation verteuert haben, sind die **gemeinsame Arbeit von Zentrum, Nationalliberalen und Konservativen.** Der Zolltarif und die famosen Handelsverträge, die auf Grund dieses Zolltarifs abgeschlossen worden sind, sind die gemeinsame Arbeit dieser drei Parteien. Der Antrag Kardorff, der ein **schnöder Bruch der Geschäftsordnung des Reichstags** und der Verfassung des Reiches war, wodurch man die Minorität bei der Beratung des Zollgesetzentwurfes mundtot machte — dieser Bruch der Geschäftsordnung und der Verfassung auf Grund des Antrags Kardorff ist von Herrn Bassermann wie von Herrn Spahn mit den hinter ihnen stehenden Parteien und den Konservativen **einstimmig gutgeheißen worden.** (Rufe: Pfui!) Nationalliberale, Zentrum und Konservative haben zwölfmal zusammen gestimmt, ehe einmal Sozialdemokratie und Zentrum zusammen stimmen konnten. Und wann haben wir denn einmal mit dem Zentrum zusammen gestimmt? Höchstens, **wenn es sich um Abwehrmaßregeln gegen noch höhere Belastungen oder noch schlimmere Gesetze als sie bisher bestanden,** handelte. So hat z. B. das Zentrum wohl oder übel — gegen den Willen seiner Mehrheit, davon bin ich überzeugt, — bei der sogenannten Zuchthausvorlage, durch die man die Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften erdrosseln wollte, mit uns gemeinsame Sache machen müssen, nicht uns, sondern seinen eigenen Arbeitern zuliebe, die anderen Falles ihm in Scharen davon gelaufen wären. (Sehr richtig!) Damals waren aber die Nationalliberalen, als die politischen Vertreter der großen Industrie, bereit, wenigstens die **Zuchthausvorlage zu amendieren** und von ihr zu retten, was gerettet werden konnte.

Wenn es überhaupt eine Partei gibt, die in allen freiheitlichen Fragen immer auf der rechten Seite gestanden und gefochten hat, so ist es die nationalliberale Partei, wie ich noch weiter nachweisen werde. Es ist also auch nach dieser Richtung hin eine grobe Unwahrheit, die Herr Bassermann und andere in Wiesbaden und bei anderen Gelegenheiten ausgesprochen haben, wenn sie das Zentrum uns, der Sozialdemokratie, an die Rockschöße zu hängen suchen. Ich wiederhole, wir haben beide miteinander nicht das geringste zu tun. (Sehr richtig!)

Nun kommt man und sagt — und auch Herr Bassermann hat das ausgesprochen — für das Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ist ja Bebel selbst Kronzeuge, er hat ja in Essen selber zugegeben, daß bei den engeren Wahlen im Februar das Zentrum von den 14 Man-

daten, die die Sozialdemokratie überhaupt eroberte, ihr 12 zugeschanzt habe. Das ist vollkommen wahr, aber wir haben bei den 12 engeren Wahlen mit dem Zentrum ebensowenig ein Bündnis geschlossen, wie wir bei den beiden anderen Wahlen, bei denen die Liberalen gegen das Zentrum uns eine Mehrheit verschafften, mit den Liberalen ein Bündnis geschlossen haben. Es ist ein allbekannter Grundsatz bei engeren Wahlen, bei denen die Kandidaten verschiedener Parteien ausfallen, weil nur die Kandidaten der beiden Hauptparteien in die engere Wahl kommen, daß diejenigen Parteien, die mit ihren Kandidaten nicht mehr in Betracht kommen, sich nunmehr die Frage stellen: welche von den beiden gegnerischen Parteien ist uns im Augenblick mit Rücksicht auf die ganze politische Situation die genehmste? Man drückt das deutlicher so aus: wer von den beiden ist im Augenblick das kleinere Uebel? (Heiterkeit.) Und da hat das Zentrum in den erwähnten zwölf Fällen sich gesagt, die Sozialdemokratie ist im Augenblick das **kleinere Uebel**, denn die Sozialdemokratie kann im gegenwärtigen Reichstag nie eine Mehrheit haben, sie kann und muß uns aber unterstützen, wenn man z. B. gegen uns oder andere Parteien mit Ausnahmegesetzen und dergleichen vorgehen will. Außerdem wurden durch den bekannten Kanzlerbrief, den Silvesterbrief an den Präsidenten des

Reichslügenverbandes,

das Zentrum, die Sozialdemokratie, die Polen und die Welfen als Reichsfeinde stigmatisiert. Nun werde ich mit Leuten, mit denen ich sonst gar nichts gemein habe, von einem stärkeren Gegner als gemeinsamer Feind betrachtet, dann gebietet mir der **Selbsterhaltungstrieb**, daß die gemeinsam Bekämpften sich gegebenenfalls, so weit es ihre verschiedenen Standpunkte zulassen, gegenseitig unterstützen, damit der andere seinen Zweck nicht erreicht. (Sehr wahr! sehr richtig!) Das ist eine einfache klare politische Taktik, die **jede Partei** bei Strafe des Selbstmords ausüben muß. Ich bedaure nur, daß das Zentrum nicht eine bessere politische Einsicht besaß, als es tatsächlich bewiesen hat, denn bei besserer Einsicht hätte es noch in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen die Sozialdemokratie unterstützen müssen, wo wir leider infolge der Stellungnahme des Zentrums gegen uns durchgefallen sind. Ich erinnere nur an die Wahlkreise Barmen, Elberfeld, Altena, Iserlohn, Hagen, Lennep—Mettmann, Fürth i. Bayern, Frankfurt a. M. usw.; es sind im ganzen zirka 8 bis 10 Wahlkreise, in denen das Zentrum dadurch, daß es sich auf die Seite seiner gegenwärtig schlimmsten Gegner stellte, uns, die Sozialdemokratie, zu Fall brachte. Das war keine kluge Taktik von seiner Seite. Aber es ist seine Sache, wie es in einer solchen Frage verfahren will. Unter den gegebenen Umständen wäre es selbstverständlich gewesen, wenn das Zentrum nach Möglichkeit der Sozialdemokratie geholfen hätte, damit die Opposition, die vor den Neuwahlen im Reichstag vorhanden war, auch im neuen Reichstag möglichst stark wieder vertreten war. Das ist, wie gesagt, nicht geschehen.

Nun wird aber niemand bestreiten wollen, daß gerade die Nationalliberalen, wie überhaupt unsere Gegner, uns oder dem Zentrum am allerwenigsten Vorwürfe wegen unserer gegenseitigen Stellung bei den letzten Wahlen machen können. Sie sagen freilich: ja, habt ihr denn in Bayern bei den Landtagswahlen nicht gemeinsam den Kuhhandel

betrieben, ihr Sozialdemokraten und das Zentrum. Darauf sagen **wir** offen: ja, das haben wir getan, dieses Verbrechen haben wir wirklich begangen (Heiterkeit) und das war von unseren bayerischen Freunden ein geschickter, ja **selbstverständlicher Schachzug.** Wie lagen in Bayern die Sachen? In Bayern bestand kein so reaktionäres elendes Wahlgesetz, wie in Preußen das Dreiklassenwahlgesetz ist, aber doch immerhin ein Gesetz mit indirekten Wahlen und anderen schikanösen Bestimmungen. Dies Gesetz zu beseitigen, hatten unsere Freunde seit mehr als einem Jahrzehnt die größten Anstrengungen gemacht. Bei einer glänzenden Rede für die Beseitigung dieses Gesetzes und für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ist bekanntlich unser ehemaliger **Parteigenosse Grillenberger auf der Tribüne im bayerischen Landtag vom Schlage getroffen zusammengesunken.** Das Zentrum begriff endlich, daß es entsprechend seinem Anhang in der Bevölkerung mit dem alten Wahlgesetz nicht die Macht erlangen könnte, die es glaubte beanspruchen zu können; es sah ein, daß es selbst ein Interesse daran habe, das schlechte bayerische Wahlrecht zu beseitigen und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzuführen. Da aber die Liberalen in Bayern gegen eine solche Aenderung waren, und notwendig war, im Landtag eine Zweidrittelmehrheit zu schaffen, ohne die das alte Gesetz nicht beseitigt werden konnte, haben Zentrum und Sozialdemokratie gemeinsame Sache gemacht, um diese Zweidrittelmehrheit zu bekommen. Unsere Parteigenossen sind bei diesem Kompromiß sehr gut gefahren, denn sie hatten bis zum letzten Mann die Zahl Mandate bekommen, die sie nach ihrer Stärke beanspruchen konnten. Nun kam das neue Wahlgesetz, auf Grund dessen jetzt im letzten Sommer die ersten Wahlen stattfanden, und nunmehr war es aus mit jeder Verbindung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Alle Parteien sind bei jenen Wahlen selbständig vorgegangen, es war also von einem Kuhhandel keine Rede mehr, weil der Zweck, der mit dem sogenannten Kuhhandel erreicht werden sollte, erreicht worden war. Auch in Bayern dürfte nach meiner Ueberzeugung bald die Frage erstehen, wer im Landtag mehr und öfter mit dem Zentrum zusammengeht, die Sozialdemokratie oder die Liberalen. Für mich besteht schon heute kein Zweifel mehr, daß eines Tages in Bayern Zentrum und Nationalliberale

gegen

die Sozialdemokratie gemeinsame Sache

machen werden. (Hört! hört!)

Nun ein anderes Beispiel. In Baden — davon will Herr Bassermann freilich nicht gern hören, er ist bekanntlich Badenser — in Baden lagen die Dinge so, daß auch dort das alte Wahlgesetz, das vergleichsweise ebenfalls viel besser war als unser elendes preußisches Dreiklassenwahlsystem, beseitigt werden sollte. Unsere Parteigenossen waren dazu zu schwach, die Liberalen wollten keine grundlegende Aenderung, sie hatten die Mehrheit unter dem bestehenden Wahlgesetz, sie hüteten sich also, den Ast abzusägen, auf dem sie saßen. Dieselben waren gegen jede ernsthafte Wahlreform. Jetzt erklärte das Zentrum: wir stimmen euch Sozialdemokraten bei, wir wollen euch helfen, das Wahlrecht zu beseitigen. Das gelang. Wohl oder übel mußten jetzt auch die Nationalliberalen in den sauren Apfel beißen. Das alte Wahlgesetz **wurde be-**

seitigt und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt. Nun standen aber auf einmal die Karten so, daß unter dem neuen demokratischen Wahlrecht, in Rücksicht auf die große Zahl katholischer Staatsangehöriger, die Gefahr bestand, daß eine Mehrheit katholischer Vertreter in die Kammer kam. Das verursachte den Nationalliberalen einen Schreck; jetzt vergaßen sie auf einmal all die Feindschaft, den Haß und den Widerwillen, den sie bisher so kräftig gegen unsere Parteigenossen geäußert hatten und erklärten: Hört ihr Sozi, wir sind bereit, mit euch gemeinsame Sache **gegen das Zentrum** zu machen, was sagt ihr dazu? (Große Heiterkeit.) Darauf sagten sich unsere Leute ganz vernünftig: gut, wir sind damit einverstanden, denn wir haben auch kein Interesse daran, eine reaktionäre Mehrheit in die Kammer zu bekommen, die dann eine reaktionäre Schulpolitik, eine reaktionäre Kirchenpolitik, mit einem Wort, eine reaktionäre innere Politik, Gemeindepolitik usw. betreibt. Wir machen also mit euch gemeinsame Sache. Und so geschah es, daß bei den letzten Wahlen in Baden Rote **und** Blaue **Arm in Arm** miteinander zur Wahlurne marschierten. (Große Heiterkeit.) Auf diese Weise rückte eine liberal-sozialdemokratische Mehrheit in die badische Kammer ein. Damals sind badische Staatsbeamte, Geheimräte, Reserveoffiziere, Kriegervereinler, die bekanntlich sonst immer nur für Gott, Fürst und Vaterland kämpfen (Heiterkeit),

Arm in Arm mit den roten Brüdern

an die Wahlurne gezogen, haben gemeinsam ihre Kandidaten aufgestellt und gewählt. Das hat unter anderem dem kürzlich verstorbenen Großherzog, der selbstverständlich kein Freund von uns war, ganz und gar nicht gepaßt. Und die Nationalliberalen, die sonst so gern ihrem Fürsten folgen, folgten diesmal nicht, seine eigenen Beamten ließen ihn zum Teil in Stich und liefen mit den Roten, mit den bösen Revolutionären. Davon schwieg in Wiesbaden Herr Bassermann, er erklärte anderwärts allerdings öffentlich, er sei damit nicht einverstanden. Ich glaube das wohl, seine Person kam bei jenen Wahlen gar nicht in Frage. (Heiterkeit.) Herr Bassermann hat überhaupt besonderes Pech. Er ist der Führer seiner Partei, aber das verhinderte nicht, daß bei den Reichstagswahlen der letzten zehn Jahre er wie der in die Wüste gestoßene Sündenbock überall im Deutschen Reiche herumhausieren mußte, um irgend einen Wahlkreis zu finden, der die Güte hatte, ihn als Kandidaten aufzustellen. (Große Heiterkeit.) So ist er bei drei verschiedenen Wahlperioden in drei verschiedenen Gegenden gewählt worden. Das letzte Mal hat der bekannte Graf Arnim-Muskau — jener Abgeordnete, der eines Tages im Reichstage, als ich die große Not einer Familie in Köln a. Rh. schilderte, mir zurief: **Wahrscheinlich hat der Vater alles versoffen!** (Pfui-Rufe.) — den Platzhalter des Herrn Bassermann abgegeben. Er hat ihm sein Mandat, das sicher war, abgetreten, damit er überhaupt in den Reichstag kam und so das Mundstück für die Orakelsprüche des Fürsten Bülow und die Blockpolitik werden konnte.

Bei einer derartigen Wandlungsfähigkeit ist es nicht zu verwundern, daß sich Herr Bassermann auch zu einer Art Verherrlicher des Junkertums aufgeworfen hat. Gewöhnlich wollen die süddeutschen Libe-

ralen von den preußischen Junkern nichts wissen, aber auch die Junker nichts von den Liberalen und zwischen den beiden sind immer die Junker die Entschiedeneren, die Charakterfesteren. Neulich machte nun auf dem Parteitag der süddeutschen Volkspartei in Konstanz Herr Venedey in einer Rede die Blockpolitik lächerlich und sprach ihr jeden Wert ab. — Unter anderem sagte er: wenn es drauf und dran kommt, ist mir ein süddeutscher Zentrumsmann lieber als ein Junker. Darüber war Herr Bassermann erbost. Er geht eben mit den preußischen Junkern Arm in Arm und so versichert er in Wiesbaden: Aber der Junker Bismarck hat das Deutsche Reich gegründet und die Junker haben auf den Schlachtfeldern geblutet. Nun, wenn Bismarck das Deutsche Reich gründete, so gründete er es bekanntlich für die Hohenzollern; sonst würde er es nicht gegründet haben, darauf können Sie sich verlassen. (Sehr richtig!) Und was die preußischen Junker betrifft, so haben sie als Offiziere geblutet, genau so wie die katholischen Arbeiter und die katholischen Bauern als Soldaten geblutet haben, ob sie es gewollt haben oder nicht. Wenn es also darauf ankommt, haben beide das gleiche geleistet. (Sehr wahr!) Ich werfe mich hier nicht zum Anwalt des Zentrums auf, aber Recht muß Recht bleiben, und die Wahrheit muß ausgesprochen werden, und da sage ich: ein süddeutscher Zentrumsmann sieht allezeit, er mag sein, wo er will, auf das konstitutionelle System, ein Junker aber will von einer Konstitution nichts wissen.

Der Junker sieht am liebsten den Absolutismus wieder blühen.

„Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut", so lautet das bekannte Sprüchlein aus der Zeit nach der Revolution, das auch heute noch Geltung hat. Was die Junker als Stützen des Deutschen Reiches wert sind, hat Fürst Hohenlohe in seinen Memoiren ausgesprochen, als er erzählt: „Ich bin erstaunt gewesen, zu hören und zu sehen, als ich in Berlin war, was die Herren in bezug auf das Deutsche Reich für Gesinnungen kund gegeben haben. Das klang anders als Begeisterung für das Deutsche Reich." Ich habe hier vor mir die „Kreuzzeitung", die am 9. Juli d. J., der hundertsten Wiederkehr des Tages, an dem Preußen den schmählichen Frieden von Tilsit unterzeichnen mußte, in einem Artikel sagt:

„Die süddeutschen Staaten gelten, weil sie ihr Wahlrecht dem Reichstagswahlrecht angepaßt haben, vielfach als Träger des politischen Fortschritts, Preußen dagegen, weil es an seinem Klassenwahlrecht festhält, als Hort der finstersten Reaktion. Die Kreise, die sich zu einer solchen Beleidigung — als Beleidigung der Junker betrachtet es die „Kreuzzeitung" — hinreißen lassen, mögen bedenken, daß sie diesem Teile der Bevölkerung, der doch auch an dem Wiedererstehen des neuen Deutschen Reiches in blutigem Kampfe mitgewirkt hat, die Freude an dieser Errungenschaft in empfindlicher Weise zu beeinträchtigen drohen. In der Tat hören wir in den Reihen der guten Preußen jetzt manchmal die Frage aufwerfen, **ob für uns wirklich die Gründung des Reiches ein Segen gewesen ist.** (Hört! hört!)

So redet das preußische Junkerblatt, das führende Blatt der preußischen Konservativen, in bezug auf die Reichsherrlichkeit. Und wie der alte Wilhelm über die neue Kaiserwürde dachte, über die er gar keine

Freude empfand, das zeigen die Tagebuchblätter seines Sohnes Friedrich, des späteren 100-Tagekaisers, der darin mitteilt, wie er und der verstorbene Großherzog von Baden alles aufbieten mußten, damit König Wilhelm sich bereit erklärte,

die Kaiserkrone anzunehmen.

Es sei dem alten Herrn schwer geworden, die alte Stellung Preußens aufzugeben, an der sein ganzes Herz hing, und den König von Preußen hinter den Kaiser von Deutschland zurücktreten zu lassen. (Hört! hört!) Das schrieb der eigene Sohn des ersten Kaisers. Vielleicht kommt die Stunde wieder, wo wir diese Tagebuchblätter in unserer Presse veröffentlichen, damit auch die jetzige Generation sieht, wie es in Wahrheit in jenen Tagen in maßgebendsten Kreisen Deutschlands ausgesehen hat. Und wie die Junker, die Roon, die Moltke usw. über diese Frage dachten, daß denen nichts daran lag, daß das Deutsche Reich gegründet wurde, das zeigen die Hinterlassenschaften der Verstorbenen, soweit sie über diese Frage geschrieben haben. Man hätte auf seiten der Nationalliberalen keine Ursache, mit diesen Dingen zu protzen. (Sehr richtig!) Und ein anderer Gegensatz zum preußischen Junkertum. Wenn es sich wieder einmal um die Frage der Wahlreform handelt — ich komme später darauf —, so erinnere ich daran, daß, als in Bayern die Wahlrechtsfrage auf der Tagesordnung stand, es kein anderer als der

Prinz Ludwig von Bayern, der künftige Thronfolger

war, der mit aller Entschiedenheit für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eintrat und Forderungen aufstellte, die sogar über diejenigen der Zweiten bayerischen Kammer hinausgingen. (Hört! hört! und Beifall.) Das ist man freilich von einem Hohenzollernprinzen nicht gewöhnt (Heiterkeit), es würde einem Hohenzollernprinzen schlecht bekommen, wenn er einen solchen unzeitigen Radikalismus zur Schau tragen und aussprechen wollte. Er würde sofort als Sozialdemokrat angesehen werden. (Große Heiterkeit. — Zuruf: Hochverrat!) So etwas wie Hochverräter, jawohl, § 86! (Stürmische Heiterkeit und großer Beifall.) War es doch ein bekannter preußischer Junker, Freiherr von Zedlitz, der, als in Bayern und Süddeutschland das neue Wahlsystem zur Geltung kam, die Frage aufwarf, ob sich denn Preußen das gefallen lassen solle. Wie könne man denn zugeben, daß die süddeutschen Staaten — die bekanntlich doch selbständig sind — sich herausnehmen, ein Wahlrecht einzuführen, das für Preußen so gefährlich sei. Natürlich, denn was den Bayern recht ist, soll doch den Preußen billig sein, was jene vertragen können, das könnt Ihr hier in Norddeutschland erst recht vertragen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Also das böse Beispiel hat man gefürchtet, und so warf Freiherr v. Zedlitz die Frage auf, ob nicht Preußen eingreifen solle, es würde sonst eine neue Mainlinie geschaffen, und das sei eine große Gefahr für das Reich. (Lachen.)

Angesichts dieser Tatsachen, die Herrn Bassermann genau so bekannt sind wie mir, wagte er zu erklären: Der Junker ist dem Zentrumsmann

vorzuziehen! Und er wagte weiter zu erklären, zwischen Sozialdemokratie und Zentrum bestehe ein enges Bündnis.

Herr Bassermann freut sich weiter über die Niederlage der Sozialdemokratie, an die kein Mensch geglaubt habe. Das sei die verdiente Strafe für ihren Uebermut. (Schallendes Gelächter.) Ich erlaube mir in aller Bescheidenheit zu fragen: Wo sind wir denn eigentlich übermütig gewesen? Es gibt viele Leute in unseren Reihen, die meinen, wir hätten noch ganz anders auftreten müssen, als wir tatsächlich im Reichstage aufgetreten sind. Wir seien zu bescheiden gewesen. Ich bin nicht dieser Meinung. Ich glaube, wir haben geleistet, was wir leisten konnten. Aber zu sagen, wir seien übermütig gewesen, das ist etwas unverschämt. (Sehr richtig!)

Die letzte Wahl, fährt Herr Bassermann fort, habe gezeigt, daß eine wahrhaft soziale und liberale Politik die Arbeiter gewinne und sie **von der Sozialdemokratie zurückbringe.** Ja, wo in aller Welt ist denn eine liberale und soziale Politik bis jetzt befolgt worden? (Sehr wahr!) Die jetzigen Leute im Reichstage hatten noch keine Gelegenheit gehabt, wenn ich einmal den guten Willen annehmen will. Sie haben bis jetzt nirgends liberale und soziale Politik getrieben, man hat den Massen bei den Wahlen zwar **Versprechungen** gemacht, ob man sie aber halten wird, darüber werden wir später reden. Sollte es wirklich Arbeiter gegeben haben, die sich durch diese Versprechungen von uns, der Sozialdemokratie, haben abtreiben lassen, dann sage ich offen:

An der Sorte haben wir nichts verloren,

so faule Burschen können wir nicht gebrauchen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir brauchen Männer von Ueberzeugungstreue, wir brauchen Männer — die Frauen können ja leider noch nicht mitreden — von **Nackensteifheit,** wir brauchen Männer, die jederzeit ihren Mann stellen. Waschlappen gibt es in Hülle und Fülle, und wenn auch bei uns welche waren, dann fort mit ihnen, wir geben sie billig ab. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls gehören die dann dort hin, wo die eigentliche **Waschlappenpartei** in Deutschland ist, zu den Nationalliberalen. (Erneute Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Herr Bassermann erklärt wiederholt in seiner Rede, eine „ehrliche liberale Politik" müsse getrieben werden. Wir wollen mal sehen, wo und wie man sie betreiben will. Wir würden sie auf das Wärmste unterstützen. (Sehr richtig!) In weiten Kreisen der Arbeiterschaft — meint er — hätte sich die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die **Sozialdemokratie in nationalen Fragen falsche Bahnen weise, und deshalb habe man sich von ihr abgewandt.** (Lachen.) Zunächst wäre doch einmal die Frage zu stellen: Wie beweist Herr Bassermann denn, daß solche Arbeiter von uns abgefallen sind? Wir haben doch bekanntermaßen keine Stimmen verloren, wir haben vielmehr eine Viertelmillion Stimmen gewonnen, wir haben allerdings noch mehr gewinnen wollen. Man hat aber durch die ungeheuere Agitation, durch den furchtbaren materiellen, sozialen und politischen Druck Hunderttausende von Leuten, die andernfalls für uns gestimmt hätten, davon abgehalten. Das hat man fertig gebracht; aber Stimmen genommen, die **aus Ueberzeugung** zu uns gehörten, hat man uns nicht, denn wir haben, wie gesagt, eine Viertelmillion mehr. Und wer bei den furchtbaren Mitteln, mit denen der Wahlkampf damals geführt wurde, die allerdings erforderten, daß ein Mann feststand, der für die Sozial-

demokratie zu stimmen wagte, der ist ein zuverlässiger Mann, der ist ein eisenfester Mann, auf den können wir bauen, und wir haben keine Furcht, daß wir den wieder verlieren. (Sehr richtig!) Also, es ist nichts als einfältiges Gerede, wenn man sagt: Eure Haltung in nationalen Fragen hat bei den Arbeitern verschnupft. Wer die Sozialdemokratie in ihrer Haltung zu sogenannten nationalen Fragen nicht versteht, der gehört selbstverständlich nicht zu uns, wir wollen keinen haben, der uns nicht versteht, unklare Köpfe können wir nicht gebrauchen. (Sehr richtig!) Freilich — und das ist ein seltsamer Widerspruch — in dem gleichen Atemzuge, wo Herr Bassermann diesen Ausfall der Wahl als Produkt der nationalen Einsicht deutscher Arbeiter preist, erklärt er: Aber nehmt Euch in acht vor falschen Auffassungen, die Sozialdemokratie ist noch nicht zu Ende, **es war eine Zufallswahl**, es war einmal wieder der Glücksstern des Fürsten Bülow, der ihm geholfen hat. (Hört, hört!) Nun, wir sind keine Fatalisten und keine Mystiker, wir glauben weder an einen Glücksstern noch an einen Unglücksstern, und wer wie Fürst Bülow beständig von einem Bein auf das andere balancieren muß, um überhaupt morgen noch Kanzler zu sein, den beneide ich nicht. (Große Heiterkeit.) Wir wissen heute alle, daß Fürst Bülow die Gelegenheit ergriff, den Reichstag aufzulösen, weil die sogenannte Nebenregierung bei einem höheren Herrn so vorgebohrt hatte, daß Gefahr war, daß der Kanzler zum Stürzen kam. Da dachte Fürst Bülow, koste es, was es wolle, du riskierst es, und wenn es glückt, dann bist du oben. Und es ist ihm geglückt. Ob es ihm weiter glückt, werden wir abwarten. Jedenfalls lassen wir uns durch den Ausfall der Wahl weder von unseren Zielen noch von unserer Taktik irgendwie abdrängen. Wir sind jederzeit bereit, gute Lehren anzunehmen, wenn es wirklich gute Lehren sind, aber gute Lehren nimmt man zu allerletzt von den Gegnern an, weil **das keine guten Lehren sind**, die die einem geben. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Es ist auch **Selbstbetrug**, wenn die Herren auftreten und behaupten, sie könnten eine liberale Blockpolitik machen.

Das ist einfach unmöglich.

Es ist einfach unmöglich, weil die Linke im Reichstag keine Mehrheit hat, auch wenn wir Sozialdemokraten zu der Linken gehören. **Wollten die Nationalliberalen wirklich ehrliche liberale Politik treiben, dann hätten sie an uns ihre besten Freunde, denn wir sind allezeit für wirklich liberale Forderungen zu haben gewesen, leider nur die Herren Liberalen nicht.** (Sehr richtig!) Wir wissen, daß wir nicht mit einem Hopser in den Zukunftsstaat springen können, wir wissen, daß wir eine Reihe von Entwickelungsetappen durchzumachen haben, deren Raschheit allerdings von der geistigen und materiellen Entwickelung des Volkes abhängt, aber die wesentlich gefördert werden könnte, wenn die Liberalen in der Tat noch liberal wären. **Eine liberale Politik ist aber gerade durch den Ausfall der letzten Wahl in sehr hohem Maße unmöglich gemacht worden.** Die Liberalen, von den Nationalliberalen bis zu uns, also wir Sozialdemokraten eingeschlossen, hatten im alten Reichstag zusammen 173 Stimmen, jetzt nur 149, also 24 Stimmen weniger. (Hört! hört!) Mit 149 Stimmen aber hat man keine Mehrheit. Und wenn die Herren etwa sagen, für unsere liberale Politik brauchen wir euch Sozialdemokraten nicht, nun gut, dann ziehen wir die 43 ab, dann bleiben noch 106, d. h. etwas mehr als der vierte Teil des Reichstages. Wie wollen denn

die 106 Männlein ihre liberale Politik eigentlich machen? (Sehr gut!) Ihnen stehen die Konservativen gegenüber mit 114 Stimmen, diese waren im vorigen Reichstag nur 91 Mann stark, heute 114, sie sind also gestärkt worden. Daneben stehen aber nach wie vor das Zentrum mit 105, die Polen mit 20, die Elsasser mit 7, die Welfen und Dänen mit je einem Sitz, zusammen mit 134, und diese geben den Ausschlag. Das Zentrum ist jedenfalls, soweit konservative Fragen in Betracht kommen, wieder ausschlaggebend, und sogar, wenn die Nationalliberalen eine liberale Politik machten, wobei die Konservativen nicht mittun; sie müssen sich alsdann wohl oder übel die Unterstützung des Zentrums gefallen lassen, weil sie sonst keine Mehrheit haben. Ich frage Sie: **Kann es denn eine lächerlichere, absurdere, abgeschmacktere Situation für den Liberalismus geben als wie sie durch die Neuwahl geschaffen worden ist?** Ist nicht das Gegenteil eingetreten von dem, was man behauptet? Der Liberalismus ist geschwächt und die rechte Seite des Hauses ist gestärkt. Es versteht sich von selbst, daß die Konservativen, wenn die Herren Liberalen à la Bassermann sogenannte liberale Politik treiben, sagen: Hört mal, wir gehören auch zum Block; wollt ihr mit uns gemeinsame Politik treiben — so Blockpolitik,

aber für liberale Blockpolitik sind wir nicht zu haben!

Das ist die Situation. (Sehr richtig!)

So sagt z. B. auch die „Konservative Korrespondenz":

„Es hieße doch wahrlich die Selbständigkeit und die Bedeutung der konservativen Partei ganz erheblich unterschätzen, wenn man sich der Illusion hingeben wollte, die Konservativen würden, bloß um die Dauer des Blocks zu verlängern, eine „verständige liberale Politik" treiben." (Hört! hört!)

Ich meine, ein blutigerer Hohn, als ihn hier die Konservativen aussprechen gegen ihre nationale Blockbrüder, ist in der Tat nicht möglich. Weiter schreibt die „Deutsche Tageszeitung":

„Soweit die Konservativen aber Zugeständnisse machen, müßten auch ihnen selbst Zugeständnisse gemacht werden.

Sollte der Reichskanzler Gesetzentwürfe einbringen, die lediglich liberale Wünsche erfüllen, und die konservativen berechtigten Forderungen, sei es auf wirtschaftlichem oder auf nationalem Gebiete, gänzlich unberücksichtigt lassen, so würde damit allerdings die **Blockpolitik erheblich gefährdet**, wenn nicht unmöglich gemacht. Das gilt beispielsweise sowohl vom Vereinsgesetze wie von der **sogenannten Börsenreform.**" (Hört! hört!)

Nun, verehrte Anwesende, mit **dem** Programm in der Tasche, dem Programm der „Deutschen Tageszeitung" und der „Konservativen Korrespondenz",

ist die Blockpolitik schon heute zu Essig geworden.

(Sehr gut!) Denn gerade — ich komme später noch darauf — das neue Vereinsgesetz wollen die Konservativen nicht, und wenn es durchgehen soll,

kann es nur durchgehen durch Zentrum, Liberale und Sozialdemokraten zusammen. Und die Börsenreform, die die Liberalen wollen, wollen die Konservativen wieder nicht, und die will auch das Zentrum nicht. Ob wir Sozialdemokraten dafür zu haben sind, das wollen wir uns erst noch genau überlegen. (Sehr gut!) Aber es genügt bereits, wenn Konservative und Zentrum gegen die Börsenreform stimmen, dann liegt die Börsenreform im Wasser, im tiefsten Brunnen, der überhaupt zu finden ist. (Heiterkeit.)

Ueber diese ganze Blockpolitik sollten die Herren Liberalen am liebsten möglichst schweigen, denn wie die möglich sein soll im **liberalen Sinne**, das ist für mich und auch für die Herren selber noch ein Rätsel. Es macht einen traurigen, um nicht zu sagen widerwärtigen Eindruck, daß Leute, wie die von der Süddeutschen Volkspartei und auch noch einzelne Freisinnige, die bisher noch als ernsthafte liberale Männer angesehen wurden, von der Masse ihrer Parteigenossen immer mehr getrennt und immer mehr nach rechts geschoben werden und dabei so tun, als ob sie an die Möglichkeit einer liberalen Blockpolitik glauben, **an die zu glauben einfach unmöglich ist.** (Sehr richtig!)

Herr Bassermann sagt weiter, ehrliche liberale Politik müsse getrieben werden, als einzige Möglichkeit, die starke wirtschaftliche

Klassenbewegung der Arbeiter zurückzudrängen.

Die Aufgabe des zwanzigsten Jahrhunderts sei es, die mitlaufenden sozialdemokratischen Arbeiterscharen der nationalliberalen Partei zurückzugewinnen. (Lachen. Zuruf: Gelingt ihnen nicht! Stürmischer Beifall.) Was man gern glaubt, darüber freut man sich, aber daß die Herren Liberalen einen solchen Köhlerglauben haben können, das ist das merkwürdigste, denn das zeigt doch, daß Herr Bassermann und seine Freunde nicht die blasse Ahnung haben von der Natur der heutigen Klassenkämpfe, von dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, von den Klassengegensätzen innerhalb dieser Gesellschaftsordnung, von der Notwendigkeit des Bestehens der Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Sie bilden sich also ein, es bedürfe nur ein paar liberaler Konzessionen, und die Arbeiter liefen ihnen in Scharen zu. Warum sind denn die Arbeiter von ihnen fortgelaufen, obwohl sie früher im Vergleich zu heute noch liberal waren! (Lebhafter Beifall.) Weil den Arbeitern früher schon dieser Liberalismus nicht gefallen hat, geschweige denn der neue. (Sehr gut!) Fürst Bülow hat vor einigen Jahren in einer Rede einmal im Reichstag ein soziales Programm entwickelt und dabei den Spruch getan, das zwanzigste Jahrhundert gehöre den sozialen Reformbestrebungen. Das zu sagen dazu gehört nicht viel, aber ich gehe weiter und sage: **Das zwanzigste Jahrhundert gehört der Lösung der sozialen Frage in sozialistischem Sinne!** (Beifall.) Das mag noch ein Weilchen dauern. Kann sein. Man täuscht sich zuweilen über die Raschheit der Entwickelung. Es kommen oft neue Komplikationen, neue Erscheinungen, die auch der Weitsichtigste nicht hat in Rücksicht ziehen können, aber das steht fest, daß bei der ungeheuren Entwickelung aller wirtschaftlichen Verhältnisse und bei der Steigerung der Klassengegensätze die Dinge gar nicht anders mehr laufen **können, als daß** im zwanzigsten Jahrhundert **der Sozialismus immer**

mehr in den Vordergrund der Bewegung rückt und damit **die entscheidende** Frage nach der neuen Gesellschaftsform gestellt wird. (Lebhafter Beifall.)

Und wie wollen denn die Nationalliberalen eine soziale, arbeiterfreundliche Politik treiben? **Wer sind denn die Hauptpersonen in der nationalliberalen Partei?** Herr Bassermann ist allerdings Rechtsanwalt seines Zeichens, er ist aber sonst wohl noch beteiligt in hervorragender Stellung bei großen kapitalistischen Unternehmungen. Und ein großer Teil der leitenden Männer in der nationalliberalen Partei sind

die ersten und stärksten Scharfmacher Deutschlands,

(Hört! hört!) das sind, die großen Kapitalisten in Rheinland-Westfalen, die Bergherren, die Herren der großen Eisenindustrie, mit einem Wort, die Herren der schweren, der maßgebenden Industrie für die kapitalistische Entwickelung. Sie sind fast sämtlich in der Wolle gefärbte Nationalliberale, die Herren der Ringe, der Trusts, der Kartelle, der Syndikate, die jetzt so kolossal aufräumen mit dem Mittelstand und den kleinen Leuten. Die Millionäre und Milliardäre, die Herren, die mehr als die Minister den Staat kommandieren und befehlen, was werden soll, sind fast alle Nationalliberale. Und es sind in erster Linie diese Herren, die die **eifrigsten Gegner einer wirklichen freien Arbeiterbewegung gewesen sind und sein und bleiben werden.** (Lebhafter Beifall.) Diese wollen von freien Gewerkschaften, von sozialdemokratischen Vereinen nichts wissen, sie maßregeln einen Arbeiter, wenn sie erfahren, daß er in einer sozialdemokratischen Gewerkschaft, wie sie es nennen, ist, oder in einem Verein eine führende Rolle spielt. Das sind die Freunde des Herrn Bassermann, und mit denen will er sogenannte liberale und arbeiterfreundliche Politik treiben. (Lachen.) Ja, es ist wirklich zum Lachen, wenn man dergleichen hört. Und wer, frage ich, sind denn diejenigen, **die seit 40 Jahren in Preußen und im Deutschen Reiche fortgesetzt Ausnahmegesetze aller Art gegen ihnen unbequeme Parteien und Bewegungen geschmiedet haben?** Wer sind sie denn? Wieder die Freunde des Herrn Bassermann, **die Nationalliberalen.** (Hört! hört!) Die Nationalliberalen sind es, die nach der Annexion von Hannover die ausnahmegesetzlichen Bestimmungen gegen die Welfen gutgeheißen haben. Die Nationalliberalen sind es, die die Ausnahmegesetze gegen die Elsaß-Lothringer gutgeheißen haben, unsere deutschen Brüder, die man wider ihren Willen sich wiedergeholt und dann mit Ausnahmegesetzen traktiert hat. (Hört! hört!) Die Nationalliberalen sind es, die die Hauptvorkämpfer im Kulturkampf gegen das Zentrum waren, die die Hauptrufer im Kampfe für das Sozialistengesetz gewesen sind. Die Nationalliberalen sind es, die den Fall des Sozialistengesetzes am meisten bedauert haben, die Nationalliberalen sind es, die 1894, als Carnot unter dem Dolch eines Anarchisten fiel, obwohl doch uns in Deutschland die Sache gar nichts anging — wie konnten wir denn dafür verantwortlich gemacht werden — in Frankfurt a. M. zusammentraten und wie sie selbst sagten, den **großen Generalmarsch für eine Verschärfung der gemeinen Gesetze gegen die Sozialdemokratie schlugen,** wobei der verstorbene Großherzog von Baden

ihnen Hülfsdienste geleistet hat. (Hört! hört!) Die Nationalliberalen sind es gewesen, die bereit waren, 1899 die Zuchthausvorlage zu amendieren, die unseren Gewerkschaften das Leben unmöglich machen sollte, sie sind es, die erst im vorigen Jahre bereit waren, das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gutzuheißen in einer Weise, daß unsere Gewerkschaften sehr schwer zu kämpfen gehabt hätten. Angesichts solcher Tatsachen haben die Herren die Stirn, von liberaler und sozialer Politik zu reden, wagen sie es, sich den Arbeitern gegenüber als Freunde aufzuspielen und ihnen zu sagen, sie seien bereit, für sie zu wirken, sie seien bereit, Arbeitskammern einzuführen, ein Reichsarbeitsamt einzurichten. Diese letzteren Gedanken, die die Herren da ausführen wollen, das sind **alte sozialdemokratische Gedanken und Forderungen** seit Jahrzehnten. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben bereits vor 23 Jahren, als wir damals 36 Mann stark in den Reichstag einrückten, einen umfangreichen Arbeiterschutzgesetzentwurf eingebracht, in dem wir ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern usw. forderten. Jetzt kommen die Herren und bringen diese Vorschläge als neue Weisheit, was sie doch nur von uns abgeguckt haben. Wie sie aber die Sache einführen, das ist eine andere Frage. Wir wollen es auf breitester demokratischer Grundlage haben, wie sich das von selbst versteht; was die Herren einführen wollen, das wollen wir abwarten. Man behauptet immer, die Sozialdemokratie negiert nur. Ich antworte darauf: **es ist kein einziges Gesetz im Reichstag im Laufe der Jahrzehnte eingebracht worden, das für die Arbeiter ein Interesse hatte, bei dem wir nicht tätig eingegriffen und versucht haben, es so gut als möglich für die Arbeiter zu gestalten.** (Lebhafter Beifall.) Wir sind eben dabei, eine Zusammenstellung der Anträge, Gesetzentwürfe und Interpellationen, die wir seit 40 Jahren im Norddeutschen und Deutschen Reichstag eingebracht haben, anzufertigen und die Parteigenossen werden überrascht sein, was für Material da zusammenkommt. Gar mancher gute Gedanke, den wir gehabt haben und den wir vergeblich als Antrag formuliert eingebracht haben, ist nachher von den Gegnern eingebracht und angenommen worden, nachdem man früher ihn für unmöglich erklärt, nachdem man uns als Utopisten verschrien hatte. (Hört! hört!) Also diese dumme Redensart, die Sozialdemokratie negiere nur, wächst auf demselben Düngerhaufen, wie eine ganze Reihe anderer Lügen und Verleumdungen, die gegen uns geschleudert werden. (Sehr gut!)

Aber Herr Bassermann sieht den Ausgang der Wahlen noch als viel bedeutungsvoller an. Er spricht — ich will das gleich hier anführen — auch von dem

neuen liberalen Vereinsgesetz,

das da kommen soll. Es scheint ja festzustehen, daß, nachdem beinahe 37 Jahre die Bestimmung in der Verfassung steht, das Vereinsgesetzwesen solle reichsgesetzlich geordnet werden, man jetzt ernsthaft daran denkt. Es scheint sicher, daß das Gesetz im Vergleich zu dem jetzigen preußischen eine Reihe liberaler Bestimmungen enthält. So soll z. B. die Verpflichtung, daß die Vereine ihre Mitglieder mit Namen, Wohnort usw. der Polizei anmelden müssen, fallen, aber daneben soll — ich weiß nicht, ob es wahr ist — die Bestimmung bestehen, daß die Polizei jeden Augenblick das Recht hat, in die Mitgliederliste Einsicht zu nehmen. (Lachen. Hört!

hört!) Natürlich wird die Polizei ihre Neugierde nur befriedigen bei sozialdemokratischen Vereinen und Gewerkschaften, und die sie als solche ansieht. (Sehr richtig!) Die Herren in den liberalen Vereinen, die Vereine der Kommerzienräte usw. wird sie nicht inkommodieren; wer in deren Listen steht, ist ihr sehr gleichgültig. Man will ferner den Frauen die Berechtigung einräumen, sich in politischen Vereinen zu betätigen. Das ist überhaupt nichts Neues; es ist nicht nur eine alte Forderung, die wir seit Jahrzehnten vertreten haben, sie ist auch in einer Reihe deutscher Staaten bereits Gesetz. Selbst im

reaktionären Sachsen

können die Frauen politisch organisiert sein, politischen Vereinen angehören; in Hamburg, in Bremen, in einer ganzen Reihe kleiner Staaten, in Baden, in Württemberg, in Hessen usw. ebenfalls. Jetzt endlich kommt auch das „liberale" Preußen, der Staat der Gottesfurcht und frommen Sitte im Reich (Heiterkeit) neben Mecklenburg und will ebenfalls den Frauen diese Freiheit gütigst gewähren. Selbstverständlich sollen die Frauen nicht bloß Vereine bilden dürfen, sie sollen nach unserer Meinung auch wählen dürfen. Das Vereins- und Versammlungsgesetz nützt ihnen wenig, wenn sie nicht zugleich das Recht haben, die politische Aufklärung, die sie in den Vereinen erwerben, bei Wahlen betätigen zu können. (Lebhafte Zustimmung.)

An das letztere denken vorläufig die Liberalen nicht. Aber das Gesetz soll auch Bestimmungen enthalten, wonach Versammlungen solcher Reichsangehöriger oder im Reiche Wohnender, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, also in fremder Zunge reden müssen, **von der Polizei verboten werden können.** Wir wissen alle, das richtet sich in erster Linie gegen die Polen, ferner gegen die dänisch sprechenden Nord-Schleswiger, die französisch sprechenden Lothringer; es richtet sich aber auch gegen die hunderttausende tschechischer, schwedischer, italienischer Arbeiter und Arbeiterinnen, also gegen Leute, die die deutsche Bourgeoisie

als Lohndrücker in das Deutsche Reich einführt,

und die aufzuklären wir das größte Interesse haben. (Lebhafter Beifall.) Diese sollen also nicht aufgeklärt werden dürfen, man verbietet ihnen eventuell die Versammlungen. Ei, zum Teufel und zum Donnerwetter, wenn das Deutsche Reich nicht leben kann, — und es kann nicht leben, ohne viele hunderttausend fremde Arbeiter in seiner Industrie —, dann soll der Staat, die Staatsregierung auch dafür sorgen, daß die Polizeibeamten polnisch, dänisch, französisch oder italienisch reden können. (Lebhafte Zustimmung.) Um nicht mißverstanden zu werden, bemerke ich, wir verlangen nicht, es sollte in Oberschlesien oder in Posen oder hier in Berlin von den Polizeibeamten verlangt werden, daß sie polnisch, tschechisch, dänisch, italienisch und französisch reden können. (Große Heiterkeit.) Das wäre zu viel verlangt von den Herren; so grausam sind wir nicht, ihnen das zuzumuten. Aber wenn z. B. in Oberschlesien oder in Posen oder auch hier in Berlin, wo Polen in Frage kommen, es polnische Vereine und Versammlungen gibt, wo polnisch gesprochen wird, weil die Leute

das nur verstehen, zehnmal besser verstehen als deutsch, — denn wenn sie auch deutsch sprechen können, das weiß jeder, der eine fremde Sprache spricht, er unterliegt leicht Irrtümern, er drückt sich oft falsch aus, selbst ein geübter Redner irrt sich — in solche Versammlungen sollen Polizeibeamte geschickt werden, die **polnisch** sprechen können. Wo Dänen sind, sollen die Polizeibeamten dänisch, wo Tschechen sind, tschechisch, wo Italiener sind, italienisch, und wo Franzosen sind, französisch verstehen können. Das können wir verlangen. Ist dazu der Staat nicht fähig, dann soll er auch solche schikanösen Maßregeln unterlassen. (Sehr gut!) Jedenfalls sollen solche Reichs- und Staatsangehörige nicht als Reichs- und Staatsangehörige zweiter Klasse behandelt werden dürfen. (Sehr richtig!) Ich kenne bis jetzt kein Beispiel, wo man im Auslande ähnlich verfährt — und es gibt keine Nation, die mehr Bürger im Ausland hat, als die deutsche. Verlangt man etwa in England z. B. vom kommunistischen Arbeiterbildungsverein in London, die Mitglieder müßten englisch reden? Verlangt man in Nordamerika von den russischen, deutschen, tschechischen Proletariern, sie sollten englisch reden? Oder verlangt man von unseren deutschen Genossen, die in Frankreich und Belgien ihre Vereine haben, deutsche Vereine, sie müßten französisch reden? Oder verlangt man in Italien von den deutschen Vereinen, sie müßten italienisch reden? Das fällt keinem dieser Staaten ein. Das kommt nur in Preußen-Deutschland vor; bekanntlich ist ja nach dem Worte des Reichskanzlers **Preußen in Deutschland und Deutschland in der Welt voran.** (Stürmische Heiterkeit.) Wie unendlich viel fehlt noch, damit das endlich einmal zur Wahrheit wird. Wir würden uns wahrhaftig freuen, wenn es so wäre, wir arbeiten ja seit Jahrzehnten daran, um aus unserem Heimatlande das beste Land der Welt zu machen, auf das alle mit Neid blicken. Verhindert haben das bis jetzt gerade die, **die das große Wort in der Gesetzgebung führen.** (Sehr richtig!)

Wie die Herren Nationalliberalen ihre sogenannte liberale Politik auffassen, sehen Sie aus der Resolution 4 des Wiesbadener Parteitags:

„Der allgemeine Vertretertag der nationalliberalen Partei spricht die Ueberzeugung aus, daß die Fortführung einer kraftvollen Politik der preußischen Regierung gegen **das andrängende Polentum** eine dringende Notwendigkeit im Interesse des gesamten deutschen Volkes ist."

(Pfui-Rufe. Hört! hört!)

Wer gibt denn den Nationalliberalen das Recht, im Namen des gesamten deutschen Volkes zu reden? (Sehr richtig!) Dazu gehören auch wir, die wir 3¼ Million über 25 Jahre alte Männer sind und die Frauen und die jüngeren Männer, die gleicher Gesinnung mit uns sind. Dazu gehört auch das Zentrum mit seinen Millionen und Abermillionen Anhängern, die auch nichts von solcher Ausnahmepolitik wissen wollen, aus begreiflichen Gründen. Und es gibt noch viele andere, die ebenfalls davon nichts wissen wollen. Aber die Nationalliberalen, getreu ihrer

alten Liebe zu Unterdrückungs- und Ausnahmegesetzen,

sind für jede Maßregel zu haben, wenn sie nur eine Unterdrückungsmaßregel ist. Das ist also der Liberalismus des Herrn Bassermann und seiner Freunde. In der berühmten Polenpolitik will man jetzt auch mit **Eigen-**

tums-Enteignungsmaßnahmen eingreifen. Die Polen sollen z. B. nicht mehr Grundeigentum erwerben dürfen. Man stürzt wegen ihnen die Verfassung des Reiches über den Haufen, die ausdrücklich konstatiert, daß jeder Deutsche das selbstverständliche Recht habe, Grundeigentum zu erwerben — vorausgesetzt, er hat das nötige Geld dazu. (Heiterkeit.) Dieses Grundrecht will man den Polen auf einmal nehmen, weil sie Polen sind. Es ist sehr traurig, daß die preußische Regierung, die in großen Teilen des Landes polnische Bevölkerung seit 100 und mehr Jahren als Staatsangehörige besitzt, es in dieser langen Zeit nicht verstanden hat, den Polen die nötige Sympathie für Preußen als ihren neuen Heimatstaat einzuflößen. (Sehr richtig!) Wenn diese Sympathien die Polen für Preußen nicht besitzen, so sind daran nicht die Polen, sondern ist die preußische Regierung schuld, die so erbärmlich regierte, daß die Polen alle Ursache haben, damit unzufrieden zu sein. So steht die Sache, und nicht umgekehrt. Eine so ungeheuerliche Maßregel, wie vom bürgerlichen Standpunkt aus die Enteignungsfrage für die Polen ist, ist kaum irgendwo getroffen worden. Solche Maßregeln mögen vielleicht in Rußland oder Ungarn möglich sein, aber sie sollten nicht möglich sein in Preußen, jenem Staate, der angeblich die Inkarnation aller Kultur und nach der Meinung des Fürsten Bülow in Deutschland voran ist. Fürst Bülow sollte sich ein wenig schämen, solche Polizeigesetze einführen zu wollen. (Sehr gut!) Ich muß sagen: hätte ich je das Unglück, in diesem Staate Minister zu werden und man wollte mir eine derartige Maßregel zumuten, so würde ich mein Portefeuille in die Ecke werfen und sagen: sucht Euch einen schlechteren, als für den Ihr mich glaubt halten zu können. (Lebhaftes Bravo! und Heiterkeit.)

Herr Bassermann hat weiter gemeint, **auch das Ansehen Deutschlands habe durch den Ausgang der Wahl gewonnen.** Der Zweifel der anderen Völker, ob Deutschland den Ansturm der internationalen Sozialdemokratie hintanhalten könne, sei für alle Zeiten zerstört. Das heißt also, wir sind ein für allemal so niedergedonnert, daß wir nichts mehr machen können und für immer dahin sind. (Heiterkeit.) Herr Bassermann sagte weiter, der Ausfall der Wahl habe den Frieden gesichert. Man sollte nicht für möglich halten, daß man dergleichen hört. Genau das Umgekehrte ist der Fall. Ich behaupte, daß

die Völker Europas sich längst in den Haaren lägen

auf Geheiß ihrer Regierungen, wenn nicht die Sozialdemokratie wäre, und wenn man sie nicht glaubt fürchten zu müssen. (Sehr richtig! Beifall.) Es war niemand anderes als der gegenwärtige Leiter des Reichslügenverbandes, Generalleutnant von Liebert, der vor zwei Jahren, als die Marokkofrage so brenzlich wurde und wir hier in Deutschland und unsere Freunde in Frankreich dagegen Verwahrung einlegten, daß man wegen Marokko Kulturvölker wie wilde Bestien gegen einander hetzen wollte, den klugen Ausspruch tat: „Heute sprechen bei einem großen Kriege die Massen auch ein Wort mit; so wie früher kann man ohne weiteres einen großen Krieg nicht mehr anfangen.“ (Hört! hört!) Er hatte recht damit. Und als ich vor drei Jahren einmal in einer Etatrede dem Fürsten Bülow vorhielt: Glauben Sie denn, daß die Völker sich einen großen europäischen Krieg gefallen ließen, mit

all den furchtbaren Erschütterungen und all den gewaltigen Zerstörungen, den ungeheuren Schäden und Nachteilen, die ich im einzelnen anführte, glauben Sie nicht, daß alsdann die Gefahr besteht, daß für die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung das letzte Stündlein geschlagen hat, antwortete der Reichskanzler Fürst Bülow: Das wissen wir und deswegen hüten wir uns vor einem europäischen Krieg! (Hört! hört! und Beifall.)

Ich erinnere weiter daran, daß jetzt geschlagene vier Monate die Vertreter der gesamten Kulturmächte der Erde im Haag zusammensitzen und schwitzen. (Heiterkeit und Zuruf.) — Na ja, sie leben nebenbei sehr gut, das gebe ich zu — und beraten, wie sie angeblich den Frieden sichern wollen und jetzt nach vier Monaten in dieser Beziehung auch rein gar nichts erreicht ist. Ich meine, wenn ein solches Resultat der Beratungen von Vertretern der hochweisen Regierungen der gesamten Kulturwelt konstatiert werden muß, wenn man sich nicht darüber einigen kann, wie man einen großen Krieg verhütet, so ist das eine **Bankrotterklärung der bürgerlichen Gesellschaft und unserer bürgerlichen Regierungen.** (Lebhafte Zustimmung.) Und da redet Herr Bassermann davon, daß erst wir Sozialdemokraten in Deutschland eine sogenannte Wahlniederlage — die gar keine ist — erleiden mußten, damit der Friede gesichert wurde. Gewiß hat man uns einige 40 Mandate genommen; das ist ja recht unangenehm, wir hätten lieber 40 mehr gehabt, aber wir haben doch 3¼ Millionen Stimmen, die kann man doch nicht wegleugnen, — d. h.

jeder vierte deutsche Mann über 25 Jahre ist ein Sozialdemokrat.

(Bravo!) Ich denke, das sieht nicht wie Niederlage aus; damit können wir immerhin zufrieden sein. Ich zweifle sehr, daß die Herren da oben auch damit zufrieden sind. (Heiterkeit.) Also davon zu reden, **wir wären die eigentlichen Friedensstörer,** diejenigen, die Unzufriedenheit stiften, die die Völker gegeneinander hetzen wollten, wo doch ein sehr großer Teil unserer Agitation in Wort und Schrift, unserer Reden im Reichstag und in den Landtagen nur darauf hinausgehen, **die Völker und die Regierungen zur Vernunft zu rufen,** um zu verhüten, daß es zu einem Kriege kommt — wie man derartige Worte aussprechen kann, das ist stark. (Sehr richtig!) Das sagt man uns angesichts der Bankrotterklärung der Haager Konferenz, angesichts der erschreckenden Tatsache, daß in diesem Augenblick, wo die Haager Konferenz noch nicht abgeschlossen ist, nicht einmal die Protokolle derselben unterzeichnet sind, bereits alle große Staaten Rüstungen namentlich zu Wasser in einer Weise inszenieren, daß jedem, der die Dinge sieht und liest, ein Schauder überlaufen muß. Man muß sich fragen, ist es denn möglich, ist es überhaupt denkbar, **daß die Völker Europas solche Schafsheerden sind,** sich derartiges bieten zu lassen? (Sehr richtig!) Auf der einen Seite hält man Friedenskonferenzen ab und auf der anderen Seite werden überall Rüstungen über Rüstungen wie kaum zuvor inszeniert. An demselben Tage, an dem der König von England den deutschen Kaiser in Kassel besuchte, im Interesse des Friedens, in demselben Sommer, in dem die Fürsten und die Minister Europas so häufig zu Konferenzen und Aussprachen zusammengekommen sind, wie kaum in einem einzigen Jahre zuvor, so weit ich zu denken vermag, und zwar immer **im Interesse des**

Friedens, kommen von allen Seiten Nachrichten über Rüstungen, insbesondere zu Wasser, von so kolossaler Größe, daß man das niemals für möglich gehalten hätte. Bisher galt für das Höchste ein Kriegsschiff wie die englische „Dreadnought" mit 18 000 Tonnen Wasserverdrängung; das war etwas Ungeheures. Nach demselben Tage aber, an dem der englische König in Kassel bei dem deutschen Kaiser war, kam die Kunde, daß England drei neue Schiffe vom Typ der „Dreadnought", nur noch stärker, auf Stapel lege. (Hört! hört!) Und wenige Tage nachher kam die Nachricht, daß der amerikanische Senat beschlossen habe, **vier große Panzerschiffe**, die nicht mehr 18 000, sondern 24 000 Tonnen Wasser verdrängen, auf Stapel zu legen; kommt weiter die Nachricht, daß Italien daran sei, ebenfalls vier gewaltige Panzer unter kolossalen Kosten zu bauen. Gleichzeitig kommen die Herren Spahn und Bassermann, die an der Quelle sitzen, und erklären, Deutschland muß seinen Flottenetat um jährlich — nach Herrn Spahn um 40 Millionen, nach Herrn Bassermann um 60 Millionen Mark — erhöhen, damit wir ähnliche schöne Schiffe zu bauen vermögen. (Hört! hört!) Und das kommt in demselben Augenblicke, wo neue Torpedos von großer Tragweite erfunden worden sind, die Schiffe in einer Entfernung zu treffen vermögen, wie man bisher nicht kannte; das kommt in demselben Augenblick, wo die Unterseeboote eine bisher nicht für möglich gehaltene Vollkommenheit erhalten haben, wo endlich die lenkbaren Luftschiffe erfunden worden sind und die Sicherheit besteht, daß diese Luftschiffe zu neuen fürchterlichen Kriegswerkzeugen dienen werden. Wer diesen Zustand der Dinge überschaut, wer das alles sieht und sich die Frage vorlegt, wo soll das hinaus, wie soll das enden, der muß zu dem Glauben kommen:

wir leben in einer vollkommen verrückten Welt!

(Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.)

Zu alledem kommt, daß die **Situation nie gespannter gewesen ist**, als sie jetzt ist. Herr Bassermann hat am 14. November v. J. im Reichstag eine Interpellation gestellt und begründet, worin er wahre Trauerhymnen anstimmte über die isolierte Lage Deutschlands, wobei er sich bitter beschwerte über die auswärtige Politik Deutschlands und namentlich sehr deutlich darauf hinwies, daß nicht der Reichskanzler, sondern eine höhere Stelle in für den Reichstag unverantwortlicher Weise die äußere Politik des Reiches mache. Das seien Zustände, meinte Herr Bassermann, die auf die Dauer nicht bestehen bleiben dürften. Man behauptet — ich weiß es nicht und Herr Bassermann bestreitet es —, er habe damals diese Interpellation im Einverständnis mit dem Fürsten Bülow eingebracht. Ob das nun wahr ist oder nicht, heute sieht Herr Bassermann den internationalen Himmel voller Geigen (Heiterkeit), heute ist auf einmal alles anders geworden. Heute steht Deutschland in einer Situation, wo eigentlich niemand ihm was anhaben kann. In Wahrheit ist es um kein Haar besser, im Gegenteil, es ist schlimmer geworden. Denn was ist seitdem geschehen? Hatten schon England mit Japan, Japan mit Frankreich und Japan mit Rußland Verträge geschlossen, waren bereits zwischen England und Frankreich, zwischen Spanien und Frankreich, zwischen Italien, Frankreich und England Verträge abgeschlossen worden, wodurch die Interessenkreise der einzelnen Länder

abgegrenzt und sie durch gegenseitige Bündnisse gesichert sind gegen jede Einmischung eines Dritten, so hat neuerdings England auch mit Rußland sich verständigt; Deutschland aber steht allein von allen Staaten draußen und hat mit keinem dieser Verträge das geringste zu tun, die sich sogar zu einem guten Teile **gegen Deutschland** richten. Wie man angesichts einer solchen Situation in einer Illusionsstimmung über die Lage Deutschlands nach außen reden kann, ist auch eines der vielen Rätsel, die ich nicht verstehen kann. Wir werden Gelegenheit nehmen, im Reichstag uns mit den Herren vom Block und der Regierung auseinanderzusetzen.

Ich würde, geradeheraus gesagt, meine heutige Rede nicht gehalten haben, wenn ich mir nicht bei näherer Ueberlegung sagen mußte: Du hast gegen die Herren so viel zu sagen, daß du das im Reichstag, wo man höchstens ein- oder zweimal in einer Frage zu Worte kommt, gar nicht alles sagen kannst, da mußt du dir hier das Herz erleichtern. Ueber die anderen Hauptpunkte werden wir weiter im Reichstag zu sprechen haben und hören, was alsdann darauf geantwortet wird.

Herr Bassermann hat aber in Wiesbaden eine Haupt- und Kardinalfrage für Preußen und Deutschland nur gestreift. das ist die Frage nach der

Wahlreform in Preußen.

Man hätte meinen sollen, bei einer solchen Gelegenheit würde Herr Bassermann, nachdem er die Frage überhaupt anschnitt, auch gesagt haben, was er wollte. Er hat freilich einige kleine Andeutungen gemacht. Zunächst meinte er, die Sache gehe ihren deutschen Parteitag nichts an, darüber solle der preußische nationalliberale Parteitag reden. Er fügte aber hinzu — und das ist das Entscheidende —, **die einfache Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gehe nicht an.** Ja, in aller Welt, warum geht denn das nicht an? Preußen bildet doch sieben Zehntel vom Deutschen Reich, und wenn die preußischen Staatsangehörigen zum Reichstag wählen auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, warum denn nicht auch zum preußischen Landtag, wo doch die Bayern, die Württemberger, die Badenser, die Elsaß-Lothringer schon jetzt auch für ihre Landtage nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht wählen? (Sehr richtig!) Weshalb denn wir Preußen nicht, die wir schon 1848 das allgemeine, gleiche und geheime, wenn auch das indirekte Wahlrecht hatten. **Und heute, nach nahezu 60 Jahren, da soll das preußische Volk sich dieses elendeste und erbärmlichste aller Wahlgesetze noch weiter gefallen lassen?** (Lebhafter Beifall.) Kommt es aber zu einer Aenderung, dann soll das Reichstagswahlrecht nicht passen! Herr Bassermann stimmt seinem Freunde Krause zu, daß das Klassenwahlrecht und die indirekte Wahl nicht mehr zu halten wären; er glaubt auch nicht, daß die öffentliche Abstimmung zu halten sei.

Ja, ist denn das eine Haltung für einen Parteiführer, der in einer so außerordentlich wichtigen Frage in einer so ausweichenden Weise sich ausspricht wie Herr Bassermann? Das ist einfach ein Skandal. (Lebhaftes Sehr richtig!) Herr Bassermann als Parteiführer war verpflichtet, darzulegen, was er will. Aber das konnte und wollte er nicht, **weil er genau weiß, daß er alsdann mit einem großen Teil seiner Freunde in Konflikt käme.** Denn auf demselben Parteitag kam hinter

Herrn Bassermann der Landtagsabgeordnete Schiffer zum Wort und erklärte: Direktes Wahlrecht ja, aber gleiches Wahlrecht **nein**, es müsse das Pluralwahlrecht eingeführt werden,

das Mehrstimmenwahlrecht nach Besitz, Bildung und Alter.

(Hört! hört!) Sagen wir mal: Einer, der über 50 Jahre alt ist, der kriegt 2 Stimmen; ob er gerade entsprechend gescheit ist, ist eine andere Frage. (Heiterkeit.) Ein anderer hat den Doktor mit Ach und Krach gemacht, der bekommt 3 Stimmen, auch wenn er erst 24 Jahre alt ist, ein Dritter hat großen Besitz, der kriegt 4 Stimmen, aber der große Haufen der Millionen Arbeiter, Kleinbürger und Bauern hat nur je eine Stimme. (Hört! hört!) Auf diese Weise glaubt man uns mundtot machen zu können. Das wagt man heute **den preußischen Arbeitern zu bieten** (Pfui!), **von denen Fürst Bülow sagte, daß sie die gebildetsten Arbeiter der Welt sind.** Wir sind nicht so anmaßend, zu sagen, die deutschen Arbeiter seien die gebildetsten der Welt, aber wenn es ein Fürst Bülow sagt, dann kann es ja wohl wahr sein. (Heiterkeit.) Aber dann soll er auch die Konsequenzen ziehen und die gebildetsten Arbeiter der Welt nicht hinter die weniger gebildeten zurücksetzen. (Lebhafte Zustimmung.) In der Schweiz wählt jedermann vom 20. Lebensjahre an, in Frankreich, England und Nordamerika vom 21. Lebensjahre an. Mit Ausnahme von Belgien, wo ein Pluralwahlrecht besteht, und von England, wo ein gewisser Zensus besteht, haben viele Länder das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. (Hört! hört!) Ja, wir haben das Unglaubliche erlebt, daß sogar der russische Zar, **der größte Despot Europas**, der seinem eigenen Volke alles verweigern möchte an Rechten und Freiheiten, dem finnländischen Volke, dessen Schutzherr er ist, vor einem Jahre das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Finnen vom 21. Lebensjahre ab gegeben hat, **Männern und Frauen.** (Lebhaftes Hört! hört!) Im finnländischen Landtage sitzen demzufolge unter den Deputierten 19 Frauen, darunter 9 **Sozialdemokratinnen.** (Bravo!) Vor einigen Tagen ging durch die Presse die Nachricht, die Königin von Holland plane, der Kammer eine Wahlreform vorzulegen, die das allgemeine Wahlrecht einführen **und auch**

den Frauen das Stimmrecht geben wolle.

(Hört! hört! und Beifall.) Und trotzdem heißt es angeblich: Deutschland in der Welt voran, Preußen in Deutschland voran! (Lachen.)

Auf dem nationalliberalen Parteitage sagte Herr Dr. Friedberg, es sei undenkbar, daß das preußische Herrenhaus und die preußische Regierung das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für den Landtag gewährte. Wenn die preußischen Junker nur das Beste vom Besten sind, wie sie behaupten, eigentlich der Rahm von der Suppe (Heiterkeit), dann müßten sie auch so viel Einsicht und Intelligenz haben, um dem preußischen Volke nicht das zu verweigern, was andere Völker bereits besitzen. Wenn der erste Staatsmann der preußischen Regierung **erklärt: Preußen in Deutschland voran, und der preußische, deutsche Ar-**

beiter ist der gebildetste von der Welt, dann kann **er** doch unmöglich gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Preußen sein. (Sehr gut!) Obenein sind wir nach dem bekannten Ausspruch des deutschen Kaisers, den Fürst Bülow ohne weiteres akzeptierte, bei den Wahlen am 25. Januar und 5. Februar niedergeritten worden. (Große Heiterkeit.) Das deutsche Volk hat, wie Herr Bassermann ausführte, uns derart geklopft, daß nie mehr daran zu denken ist, daß die Sozialdemokratie eine gefährliche Macht werden kann. (Lachen.) Ja, sind wir in dieser Weise gehauen, sind wir in dieser Weise niedergeritten, moralisch vernichtet, **warum gibt man uns dann nicht das Wahlrecht, das dann doch nicht mehr gefährlich ist.** (Heiterkeit und Sehr gut!) Wir Niedergerittenen sagen also: Her mit dem Wahlrecht, versucht noch einmal, **uns niederzureiten,** wir lassen es darauf ankommen, Ihr dürftet allerdings dabei eine schlimme Erfahrung machen. Aber das ist ja Eure Sache, nicht die unsere. (Sehr gut!) Wie kommt denn dieser preußische Adel dazu — und es ist ja die Creme des Adels, die im Herrenhause sitzt —, sich gegen das allgemeine Wahlrecht so zu sträuben, während der Adel in der bayerischen Ersten Kammer, darunter der künftige Thronfolger, sich dafür erklärten? (Hört! hört!)

Man hat in Bayern z. B. sogenannte mehrmännige Wahlkreise gebildet, Kreise, in denen zwei und drei Abgeordnete gewählt werden. Unsere Parteigenossen haben mit Recht Opposition dagegen gemacht. Aber auch Prinz Ludwig von Bayern erklärte, er sei für seine Person für einmännige Wahlkreise. (Hört! hört!) Er erklärte weiter — und das ist etwas Ungeheures in den Augen der preußischen Regierung und unserer Junker —, daß jede neue Landtagswahl auf Grund der neuen Volkszählungsresultate stattfinden sollte. (Hört! hört!) Wir wählen zum Reichstag noch jetzt nach der Volkszählung von 1867. Daher haben wir hier in Berlin einen Wahlkreis mit 800 000 statt mit 100 000 Einwohnern, den sechsten, der vierte Wahlkreis zählt 600 000 statt 100 000 Einwohner. Prinz Ludwig also hat sich prinzipiell dafür erklärt, daß nach **jeder Volkszählung** die Wahlkreise neu eingeteilt würden, nur sagte er, er wolle jetzt nicht mehr verlangen, da die Zweite Kammer, die sogenannte Volkskammer, selbst nicht mehr verlangt habe. Vor allem verlangte

Prinz Ludwig das geheime Wahlrecht,

er erklärte, **die geheime Wahl sei ein Schutz der Schwachen gegen die Starken;** vielfach würden gerade abhängige Leute veranlaßt, anders zu wählen als sie beabsichtigten. **Es gäbe gewissenlose Menschen genug, die ihre Untergebenen zwängen, ganz anders zu wählen, als diese wählen möchten.** (Hört! hört!) Das erklärt ein bayerischer Prinz. Ja, der Tausend,

wenn der Aussicht hätte, König von Preußen zu werden,

(Stürmische Heiterkeit und Beifall), dann bekämen wir sofort das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, mit der Bestimmung, daß nach jeder Volkszählung die Wahlkreise neu eingeteilt würden. Das würde eine Freude werden. (Heiter-

keit und Beifall.) Leider stehen die Dinge nicht so. Prinz Ludwig führte weiter aus, um derartige Uebelstände zu verhüten, müsse mit allen Mitteln an der Sicherstellung des geheimen Wahlrechts gearbeitet werden. Er sagt geradezu, man dürfe sich glücklich schätzen, daß wenigstens für den Deutschen Reichstag ein Wahlsystem bestehe, mit dem der größte Teil der Bevölkerung zufrieden sei. Man solle nur das Ausland — er hat vielleicht auch das Inland gemeint — ansehen und insbesondere diejenigen Staaten, in denen **verkünstelte Wahlsysteme** beständen, die dem Gerechtigkeitsgefühl der großen Masse der Bevölkerung widersprächen. Ob diese Wahlsysteme noch lange fortbestehen werden, möchte er bezweifeln. Der Prinz bezweifelt das; bei uns in Preußen bezweifelt das wohl keiner der Prinzen. (Heiterkeit.) Die Wahlen geben nach Ansicht des Prinzen Ludwig in der Regel dann ein getreues Bild von der Gesinnung der gesamten Bevölkerung, wenn sie ein gleiches, allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht besitze. Der bayerische Prinz ist wahrhaftig ein roter Demokrat; Sozialdemokrat will ich ihn nicht nennen, das würde er wahrscheinlich als Beleidigung ansehen. (Heiterkeit.)

Aber wie steht es nun bei uns? Da wird gesagt, man werde sich überlegen, wann die Wahlreform komme. Wir haben im nächsten Jahre Neuwahlen zum Landtag; da, sollte man meinen, müßten alle, die angeblich für eine Wahlreform eintreten, sich beeilen, daß die Reform sofort komme. (Sehr richtig!) Bewahre! Die famose „Frankfurter Zeitung" predigte schon im Sommer, man solle den neuen Landtag erst noch **auf Grund des alten Wahlgesetzes wählen und dann die Reform machen.** (Hört! hört!) Das heißt, dann hätten wir glücklicherweise bis 1913 zu warten, bis wir auf Grund eines neuen Wahlgesetzes wählen könnten. Und wer weiß, auf Grund **welchen Gesetzes.** Denn im nächsten Jahre erklärt die ganze Bourgeoisie bei den Landtagswahlen: Wir wollen kein allgemeines Wahlrecht. Und darauf erklären die Dreiklassenabgeordneten emphatisch: Unsere Wähler wollen davon nichts wissen, wir stimmen getreu der Meinung unserer Wähler, wir können das allgemeine Wahlrecht nicht gutheißen. **Sehen Sie, so wird das preußische Volk auch weiter**

an der Nase herumgeführt!

(Sehr richtig!) Der Geheimrat Witting, der Bruder **von Herrn** Harden, erklärte allerdings, die Wahlreform müsse sofort kommen. Der Mann ist eben Landtagskandidat in Lehe-Geestemünde. Wenn er gewählt wird, wird er wahrscheinlich etwas anders reden. (Sehr gut!)

Interessant ist es, daß, während jetzt die konservative Partei Preußens einmütig gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist, vor 45 Jahren, im Jahre 1862, viele in dieser Partei unter Führung des damaligen Geheimen Regierungsrats Hermann Wagener die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den Landtag befürworteten. (Hört! hört!) Warum? Nicht aus Begeisterung. Damals war die preußische Kammer erzoppositionell gegen Bismarck; das Dreiklassenwahlsystem hatte eine oppositionelle Kammer geschickt, und da glaubte man, wenn man jetzt das allgemeine Wahlrecht gebe, würde die große Masse des Volkes **nicht die Liberalen, sondern die Konservativen in die Kammer schicken.** (Hört! hört!)

Auch die „Kölnische Volkszeitung", ein Organ des Zentrums, erklärt geradezu, es hätte Zeit mit der Wahlreform; je länger die Geschichte dauere, desto sicherer breche das Dreiklassensystem zusammen. Eine schöne Theorie! Dieses elendeste Wahlgesetz besteht jetzt seit 1849, da könnten wir noch lange warten, bis es von selbst zusammenbricht. Soll etwas zusammenbrechen, dann muß man daran arbeiten, daß es zusammenbricht; man muß ihm die Wurzeln untergraben, man muß ihm die Stütze nehmen, sonst fällt nichts in der Welt. (Sehr richtig!) Das Zentrum will damit nur ausdrücken, daß es an der Wahlreform kein besonderes Interesse habe. Ich hoffe, die **Zentrumsarbeiter** werden wissen, was sie darauf zu antworten haben. Auch Herr Bassermann meint — ein seltsamer Widerspruch, wie ja der Mann überhaupt voller Widersprüche ist —, das allgemeine Wahlrecht sei ein empfindlicher Barometer. (Sehr richtig!) Deshalb will man es aber offenbar für Preußen nicht.

Die Herren Nationalliberalen sind weiter **für eine Reform der Strafgesetzgebung**, sie wollen auch auf diesem Gebiete eine Reihe von Aenderungen. Sie sagen, es sei eine Kulturaufgabe, deren baldige und gründliche Lösung vom ganzen deutschen Volke ersehnt werde, man müsse das Strafverfahren ändern, die Beteiligung der Laien sei nötig, man müsse für die Urteile der Landgerichte Berufungsinstanzen einführen usw. Als diese Rede des Herrn Bassermann gehalten wurde, war der

Prozeß Liebknecht

noch nicht zu Ende, aber Herr Bassermann kennt ja den § 86. (Heiterkeit.) Was man jetzt gegen unseren Genossen Karl Liebknecht getan, hat man vor 35 Jahren gegen seinen Vater und mich getan. Genau dieselben Gründe, genau dasselbe Verfahren, ein Tendenzprozeß damals, ein Tendenzprozeß heute. Damals war es ein Geschworenengericht, das urteilte, heute ist es der höchste Gerichtshof des Deutschen Reichs. Nicht, daß ich die ehrliche Ueberzeugung der Richter anzweifele, das fällt mir nicht ein, ich bin überzeugt, die Herren glauben ein richtiges und geschicktes Urteil gefällt zu haben, aber das Urteil zeigt, daß es ausgegangen ist von Männern, **die gegnerischer politischer Anschauung sind und die sich in ihren Vorurteilen kein Bild machen können, daß es Leute gibt, die eine andere ehrliche Ueberzeugung haben können.** (Stürmische Zustimmung.) Das ist eben das Ungeheuerliche an diesem Urteil. Der § 86 ist wohl der größte **Kautschukparagraph** im ganzen Strafgesetzbuch, und das Strafgesetzbuch hat **viele Kautschukparagraphen.** Bei politischen Vergehen braucht man eben die Kautschukparagraphen, hierfür dürfen keine festen Kriterien aufgestellt werden, hier soll der Richter mehr noch als sonst nach seiner freien Ueberzeugung urteilen. Und wenn alsdann diese Ueberzeugung, durch politische oder religiöse Vorurteile beeinflußt, anders lautet, als sie nach juristischen Gründen lauten sollte, kommen Urteile zustande, die das Erstaunen aller derer hervorrufen, die die Dinge mit anderen Augen ansehen und ansehen müssen. (Lebhafter Beifall.) Das Allertraurigste ist, daß diese Auslegung eines so wichtigen Paragraphen des Strafgesetzbuches vom höchsten deutschen Gerichtshof ausgegangen ist und daß es gegen dieses Urteil

keine Berufung, keine Revision gibt.

(Hört! hört!) Der Gerichtshof hat gesprochen, damit ist das Urteil fertig, der Verurteilte muß die Strafe absitzen. (Pfuirufe.) Geehrte

Anwesende, entrüsten Sie sich nicht. Ich habe mich über das Urteil nicht gewundert. Auch als der Oberreichsanwalt zwei Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragte, bin ich nicht erschrocken, denn ich sagte mir, das ist ganz unmöglich, dem steht der klare Wortlaut des Gesetzes in den anderen Paragraphen gegenüber. Aber ich sagte mir, der Oberreichsanwalt ist ein guter Politiker und ein feiner Staatsanwalt, er sagt sich, du mußt recht viel fordern, damit du es dem Gericht möglich machst, wenn auch in anderer Form, möglichst hoch zu verurteilen. (Hört! hört!) Daß auf Zuchthaus erkannt würde, war undenkbar. Allerdings, wenn ich an die Verurteilung glaubte, so nicht, weil ich sie für richtig halte, **sondern einzig und allein weil ich weiß, wie dehnbar der § 86 ist,** wie kautschukartig er ist, und ferner, weil ich weiß, **daß im obersten Gerichtshof Deutschlands das Richterkollegium zehnmal gesiebt ist,** um so zusammengesetzt zu werden, wie es zusammengesetzt ist, aus Männern, an deren politischen Ueberzeugungen und an deren juristischen Grundsätzen man an den höchsten Stellen nicht die geringsten Zweifel hegt. Weil ich das wußte, wußte ich auch, daß die Verurteilung erfolgen werde. Aber ich denke, so gut wir Alten damals die Geschichte überwunden haben, und so gut ich — der alte Liebknecht lebt leider nicht mehr, er war ja auch 14 Jahre älter als ich — noch heute am Leben bin und wir beide noch recht lange nach dem Hochverrat gelebt haben, ebensogut wird es der junge Liebknecht überstehen. (Lebhafter Beifall.) Wir wurden damals auch wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, und dasselbe Deutsche Reich, gegen das wir Hochverrat verübt haben sollten, steht noch heute. (Heiterkeit.) So wie uns, sage ich, wird es auch dem jungen Liebknecht ergehen, er wird hoffentlich auch ein alter Herr werden, wobei ich allerdings nicht wünsche, daß er keine anderen Resultate sieht wie wir heute. (Zuruf: Das kommt noch besser!) Ich sage auch, es kommt noch besser und dann um so besser! Uns macht man damit nicht kaput! (Sehr gut!) Im heutigen Leitartikel des „Vorwärts" wird am Schluß das bekannte Wort zitiert: „Wer vom Papst ißt, stirbt daran." Ich habe schon oft gesagt, **wer von der Sozialdemokratie ißt, der blamiert sich an ihr.** (Heiterkeit.) So ist es bei allen großen Prozessen gegangen. Der 72er Prozeß, der uns auf die Festung schickte, hat kolossal agitatorisch gewirkt (Sehr richtig!), und der diesmalige hat auch großartig gewirkt. Liebknechts Ansehen ist nicht nur in den Augen seiner Freunde, sondern auch in denen seiner Gegner gewaltig gewachsen (stürmischer Beifall) durch die tapfere und geschickte Art, wie er seinen Richtern und vor allem dem Oberreichsanwalt gedient hat. (Zuruf: Der würdige Sohn des Alten!) Das ist dem graukörfigen Oberreichsanwalt in seinem Leben noch nicht passiert, daß ihn ein Angeklagter so heimgeschickt hat wie unser Freund und Genosse Karl Liebknecht. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Ich sage also, an eine Aenderung der Strafgesetzgebung auf dem eben erörterten Gebiet denken Herr Bassermann und seine Freunde nicht. Ich fürchte überhaupt die Herren, wenn sie Geschenke bringen. (Heiterkeit.) **Ich fürchte, die liberale Revision des Strafgesetzbuches und der Strafprozeßordnung wird in letzter Instanz eine reaktionäre Revision werden.** (Hört! hört!) **Die Blockpolitik besteht nicht darin, daß liberaler, sondern daß**

noch reaktionärer als bisher regiert wird.

(Sehr richtig!) Das ist das Resultat und der Zweck dieser Blockpolitik. Nichts wird herauskommen, denn die Liberalen haben, wie gesagt, keine Mehrheit. Sie können gewiß mäßige liberale Forderungen, für die auch das Zentrum als katholische Partei eingetreten ist, durchsetzen, aber **gegen ihre Blockbrüder**, die Konservativen, die damit nicht einverstanden sind. Das einzige, was durchgesetzt werden kann und wird, das ist eine **gewaltige Erhöhung unserer Ausgaben für Rüstungen, für Militär-, Marine- und Kolonialzwecke und infolgedessen eine gewaltige Erhöhung der Steuern.** (Sehr richtig!) Das ist das Resultat und das ist **im Grunde auch der Zweck**, den Fürst Bülow mit dem Block erreichen will; das ist die Aufgabe, die er sich gestellt hat. Er will seinem Herrn und Kaiser eine liberal-konservative Mehrheit an Stelle der Konservativ-Zentrumsmehrheit präsentieren; er will sagen können: sehen Sie, Majestät, da haben wir das wirklich liberale Bürgertum, das Zentrum ist ausgeschaltet; will es mitmachen, dann haben wir nichts dagegen, aber an die Regierungskrippe lassen wir es nicht mehr heran! Das ist die ganze Geschichte. (Sehr richtig!)

Herr Bassermann spricht von **direkten Reichssteuern**, da man mit **indirekten** nicht mehr auskomme. Die erste direkte Steuer wird die bekannte **Wehrsteuer** sein, die Krüppelsteuer, wie sie scherzweise genannt wird, die alle zahlen müssen, die unfähig waren, Soldat zu werden oder das Glück hatten, sich freizulosen. Es werden also in der Hauptsache wieder die kleinen Leute sein, die die erste direkte Reichssteuer zahlen. (Ruf: Pfui!) Ich freue mich darüber, ich bin nicht dafür, aber ich bin nicht entrüstet, wenn sie eingeführt wird. Wenn Tausende von denen, die bei der letzten Wahl für den Block gestimmt haben, davon betroffen werden könnten, ich gönnte es ihnen. (Heiterkeit.) Die Hurrastimmung von der letzten Wahl ist schon wieder verflogen, es sprechen eine Menge Anzeichen dafür, und die Hurramehrheit ist keine Mehrheit. **Man hat eine Mehrheit von Blockabgeordneten, aber keine Mehrheit von Blockwählern.** Ich habe ein genaues Verzeichnis der Stimmen der verschiedenen Parteien vor mir. Die offiziellen Zahlen der Blockparteien zusammengerechnet und ebenso die Zahlen der anderen Parteien, die als Oppositionsparteien angesehen wurden, Zentrum, Polen, Welfen und Sozialdemokraten, ergeben folgendes Resultat: Die **Antiblockparteien** haben zusammen 6 090 600 Stimmen und die Blockparteien nur 4 938 600 Stimmen erhalten (Hört! hört!), die Antiblockparteien haben also

1152000 Stimmen mehr als der Block.

Die schöne Wahlkreisgeometrie hat es verhindert, daß eine andere Mehrheit herauskam. Hätten wir nicht nur das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, sondern zugleich auch ein Verhältniswahlrecht, d. h. würden die Abgeordneten nach der Zahl der auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen verteilt, dann käme ein ganz anderes Resultat heraus. Es sind bei der letzten Wahl 11 200 000 Stimmen abgegeben. Rechnen wir mit rund 400 Abgeordneten, dann würden auf jeden Abgeordneten 28 000 Stimmen kommen, und die Sozialdemokraten hätten alsdann nicht 43, **sondern 114 Abgeordnete.** (Hört! hört!) Die anderen Parteien hätten um so viel weniger. Aber diese Einteilung will man nicht, man sträubt sich dagegen, denn sonst käme die Sozialdemokratie wider

Erwarten zu einer gewaltigen Macht, und davor hat man, man mag reden was man will, **eine gewaltige Angst.** (Sehr richtig!) Was eine Million Stimmen mehr bedeutet, das ist bald vergessen, aber wenn unausgesetzt im Reichstage ein Haufen Sozialdemokraten sitzt und stimmt, so ist das bedenklich.

Wir müssen vorläufig die Dinge nehmen wie sie sind. Aber wir haben keinen Grund, trübe in die Zukunft zu sehen. Im Gegenteil: ich bin niemals so hoffnungsfreudig gewesen wie jetzt, wo wir angeblich die Niedergerittenen sind. Ich studiere die Zeichen der Zeit, ich verfolge aufmerksam, was national und international im politischen Leben vorgeht und was auf ökonomischem Gebiet sich ereignet. Danach bin ich der Ansicht, wir haben nicht den geringsten Grund, trübe in die Zukunft zu sehen oder zu glauben, daß unser Stern, um einmal diesen Ausdruck zu gebrauchen, im Sinken begriffen sei; im Gegenteil. Ich will mich hier nicht weiter darüber auslassen; ich habe das in meiner Rede in Essen getan, die viele von Ihnen gelesen haben werden. Ich habe dort darauf hingewiesen, was für Momente vorhanden sind, die auch in der Zukunft die Sozialdemokratie immer mehr und mehr anwachsen lassen müssen. Aber eins haben wir notwendig, insbesondere diejenigen, die sich zur Sozialdemokratie bekennen: **Wir müssen studieren, wir müssen beobachten und wir müssen lernen, lernen und abermals lernen.** (Beifall.) Keiner darf zu alt sein, um noch zu lernen, wo es nur geht. Wer nicht mehr lernen kann, nicht mehr lernen will, **der kann nicht vor der Front stehen,**

den schicken wir nach hinten zur Bagage.

(Heiterkeit), **dort gehört er hin.** Die Jüngeren insbesondere, **die** sollen lernen, die sollen studieren, die sollen die Literatur der Sozialdemokratie — die Presse allein genügt nicht — lesen. Es ist sehr schön, wenn sie wissenschaftliche Vorträge hören und das Gute in sich aufnehmen; aber richtig können sie es nur verwenden, wenn sie sich nachher auch zu Hause hinsetzen, ihre Zeit ausnutzen und die Schriften ein-, zwei-, drei-, viermal lesen, die grundlegenden Schriften des Sozialismus, damit ihnen alles in Fleisch und Blut übergeht. Wir Alten sind auch nicht wie wir heute sind vom Himmel gefallen. Es hat eine gewaltige Menge Arbeit und Kraft gekostet, bis wir wurden was wir sind. Aber was wir leisten konnten, könnt Ihr alle auch leisten, wenn Ihr nur wollt. Und wenn vielen die Zeit und die Mittel und anderen vielleicht auch das geistige Rüstzeug mangelt, wofür die Betreffenden bei unseren erbärmlichen Schulverhältnissen nichts können, dann gibt es doch noch genug unter Ihnen, die dieses Rüstzeug haben, die die nötige Wissensgrundlage besitzen können und weiter schaffen und arbeiten können und weiter schaffen und arbeiten müssen. (Beifall.)

Man hat in Stuttgart uns Deutsche damit geglaubt foppen zu können, daß man uns eine **Zahlmaschine** nannte, daß man sagte: Ihr Deutsche seid eine große und starke Partei, ihr habt eine bedeutende Disziplin, aber im Grunde genommen ist bei euch die Hauptsache das Zahlen, Zahlen und abermals Zahlen. Ein altes Wort sagt: Zum Kriegführen gehört dreierlei: einmal Geld, zum zweiten Male Geld und zum dritten Male Geld. Das Wort stammt von Montecuculi, es ist einige hundert Jahre alt, es gilt aber auch heute noch für den Kampf

der Parteien, der auch eine Art Kriegsführung der Parteien untereinander ist. Hierzu braucht man auch Geld und wieder Geld. Wie der einzelne Geld braucht, um sich Mittel anzuschaffen zur Aufklärung, zur Belehrung, so braucht die Gesamtheit Geld, um arbeiten zu können, um ihre Agitatoren bezahlen zu können, ihre Zeitungen halten, ihre Literatur beschaffen zu können. Und während man uns im Auslande damit foppt, ihr schafft nur Geld, so machen es heute unsere Gegner genau so, und ihre Beamten werden drei- und viermal so gut bezahlt, als die der Sozialdemokratie, weil sie genau wissen, wie notwendig es ist, daß sie Kräfte zur Verfügung haben müssen, die ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Energie in den Dienst der gemeinsamen Sache setzen. Es hat mich sehr gefreut, daß es ein bürgerliches Blatt in München war, daß seine vollste Begeisterung darüber aussprach, daß wir in Stuttgart demjenigen, der uns als Zahlmaschine bezeichnete, antworteten: Jawohl, wir sind Zahlmaschine, sogar die internationale Zahlmaschine; wir helfen euch anderen und wir helfen euch gern, und wir werden noch weiter mehr Zahlmaschine zu werden versuchen, um euch noch mehr helfen zu können. Dazu sagte der bürgerliche Schriftsteller, das ist ein Wort, das sich hören läßt, vor einer solchen Partei muß man Respekt gewinnen, wo ist die bürgerliche Partei, die auch nur in ähnlicher Weise Opfer zu bringen vermag, wie es die deutsche Sozialdemokratie bisher getan hat? Das ist ein Beispiel, das sich die anderen Parteien als Vorbild nehmen sollten.

Freilich können sie nicht an uns herankommen, denn um das zu können, muß man Ueberzeugungen, muß man Begeisterung haben; ohne diese Eigenschaften ist kein großes Werk möglich, kein großes Ziel zu erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Und die Zeiten arbeiten uns in die Hände. Schon machen sich die ersten Zeichen einer großen wirtschaftlichen Krisis bemerkbar. Es werden Hunderttausende und Millionen in den Reihen der Arbeiter, die bisher meinten, sie hätten es nicht nötig der Sozialdemokratie beizutreten, sie brauchten nicht am politischen Kampfe mitzuwirken, sie hätten ja gute Löhne, es stände überhaupt gut mit ihnen, denen werden alsdann die Augen übergehen. Sie werden nunmehr erkennen, daß es ein **trügerischer Boden ist**, auf dem sie glaubten als festem Boden zu stehen; sie werden begreifen, daß man in dieser bürgerlichen Welt noch etwas anderes zu tun hat, als in den Tag hinein zu leben und andere für sich arbeiten zu lassen, als hinter dem Ofen zu hocken, die Pfeife oder Zigarre zu rauchen und ein Glas Bier zu trinken. Das macht sich sehr hübsch, es soll es meinetwegen auch jeder tun, obgleich ich keine Zeit dazu habe. (Heiterkeit.) Aber immer hinter dem Ofen zu hocken, bei der Pfeife und dem Glase Bier, das ist ein elendes Gewerbe für einen aufrechten und intelligenten Mann. (Sehr wahr!) Für ihn gehört es sich, selbst einzugreifen und zu arbeiten und zu kämpfen für die höchsten Ziele der Menschheit, die zugleich die höchsten Ziele für ihn und seine Familie sind. Darum rufe ich Ihnen allen zu:

Streben Sie vorwärts, vorwärts und abermals vorwärts!

(Stürmischer Beifall.)

Ich habe Ihnen folgende Resolution vorzulegen:

„Die Versammlung legt entschieden Verwahrung ein gegen die Unterstellungen, die die Abgeordneten Bassermann und Genossen auf dem Parteitag der nationalliberalen Partei in Wiesbaden in bezug auf die politische Haltung der Sozialdemokratie sich erlaubten.

Die Ausführungen der erwähnten Redner und die Resolutionen, die der nationalliberale Parteitag annahm, zeigen, daß die nationalliberale Partei trotz aller Versicherungen ihres Liberalismus nach wie vor im reaktionären Fahrwasser steuert.

Insbesondere haben die Ausführungen der betreffenden Redner über die Wahlrechtsreform in Preußen gezeigt, daß die nationalliberale Partei dem preußischen Volke und speziell den preußischen Arbeitern ein politisches Recht vorenthalten will, das bereits die gesamten süddeutschen Arbeiter für die Wahl zu den Landtagen besitzen.

Die Versammlung brandmarkt dieses Verhalten der nationalliberalen Partei als volks- und arbeiterfeindlich, als eine schnöde Verdrehung des Grundsatzes der politischen Rechtsgleichheit, auf die die Arbeiter Preußens genau dasselbe Anrecht haben wie die Arbeiter jeden anderen Landes.

Da ferner die preußische Regierung und speziell der Ministerpräsident Preußens, der Reichskanzler, in bezug auf die preußische Wahlrechtsreform ähnliche Ansichten haben wie die Redner auf dem nationalliberalen Parteitag, erklärt die Versammlung: daß dieses Verhalten des Reichskanzlers in unlöslichem Widerspruch steht zu der seinerzeit von ihm gebrauchten Redewendung: Preußen in Deutschland voran! Und ebenso in schneidendem Widerspruch steht mit seiner Aeußerung im sogenannten Silvesterbriefe an den Präsidenten des Reichslügenverbandes, wonach der deutsche Arbeiter der gebildetste der Welt sein soll, also auch der politisch reifste ist.

Die Versammlung muß also nach dem Verhalten des Reichskanzlers in der preußischen Wahlreformfrage annehmen, daß die erwähnten Aussprüche leere Redensarten sind, denen keinerlei Bedeutung beizumessen ist.

Die Versammlung verlangt nachdrücklich für die Wahlen zum preußischen Landtag die schleunige Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen auf der Grundlage von Verhältniswahlen, wobei sie von dem Grundsatz ausgeht, daß, wo Pflichten sind, auch Rechte sein müssen, und daß nur eine Regierung, die auf Klassenherrschaft beruht, den Staatsangehörigen die selbstverständlichsten Staatsbürgerrechte verweigern kann."

Wenn es im letzten Satze heißt, daß wir das Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten **Staatsangehörigen** fordern, so versteht es sich ganz von selbst, **daß die Frauen mit dazu gehören,** ebensogut wie die Männer. (Beifall.) Wir müssen für die Frauen um so mehr das Wahlrecht verlangen, als andere Staaten uns darin schon vorausgegangen sind.

Weiter habe ich zu der Resolution nichts zu bemerken, ich bitte, sie möglichst einstimmig anzunehmen. (Bravo!)

Die vorgeschlagene Resolution gelangte hierauf ohne Debatte einstimmig zur Annahme.

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.